

Politische Berichte

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



Politische Berichte – Zeitschrift für Sozialistische Politik
Ausgabe Nr. 19 am 13. September 2001, Jahrgang 22, Preis 2,50 DM

19
2001

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
– ERSCHEINT VIERZEHN TÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider, GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040/43188820, Fax: 040/43188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/621532. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

Regionales / Gewerkschaftliches West ...: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/621532, e-mail: pb@gnn-verlage.de ... **und Ost** Achim Wahl, GNN-Verlag, Postfach 200639, 13516 Berlin, Tel. 030/24009468, Fax: 030/24009469

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761/34961

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/621532. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,50 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 45,50 DM (Förderabo 71,50 DM), ein Jahresabonnement kostet 91 DM (Förderabo 143 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 80,60 DM, Sozialabo: 65 DM. Ausland: + 13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- o 4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.
- o Halb- o Jahresabo (45,50 DM / 91 DM je Einzelabo)
- o Halb- o Jahres-Förderabo (71,50 DM / 143 DM).
- o Halb- o Jahres-Sozialabo (32,50 DM / 65 DM).
- o Halb- o Jahresabo neue Länder (40,30 DM / 80,60 DM)
- o Bankinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

Eine Friedensbewegung gegen den Machtwahn

Bis zur Stunde hat sich niemand zu dem Terrorangriff auf politische und wirtschaftliche Zentren der USA bekannt, und so spricht manches dafür, dass die Frage, wer war es und warum, zum Spielball politischer Strategien wird.

Ein fernes geschichtliches Beispiel: Als in der Zeit des Kaisers Nero Rom abbrannte, bezichtigte die heidnische Öffentlichkeit die Christen als Urheber; deren Kritik an der und Abwendung von der damals herrschenden Lebensweise hatte sie zu „Feinden der Menschheit“ gestempelt. Besonders wurde ihnen die Verachtung des eigenen Lebens vorgeworfen, die sie zeigten, wenn sie sich weigerten, ihr Leben dadurch zu retten, dass sie an öffentlichen Kulte teilnahmen. Eine seither immer wieder aufgenommene Gegenpropaganda bezichtigte den Kaiser selbst als Täter. Jedenfalls entstand auf den freigewordenen Flächen ein neues, prachtvolles Rom und eine große Zahl von Christen wurde zu noch heute verehrten Märtyrern. Was wirklich geschehen war und ob überhaupt eine Absicht vorlag, blieb dunkel. Sicher ist, dass die damalige, auf Versklavung angewiesene, zerrissene Welt anlässlich dieser Katastrophe, die von Menschen herbeigeführt hätte sein können, ihren Untergang vorausfühlte. Am Ende dieser Epoche hinterlässt der Philosoph Boethius, auf seine Hinrichtung durch irgendwelche Goten wartend, die Frage: „Nennst jene Du mächtig, an deren Seiten die Leibwächter schweifen, fürchtend, die zu beherrschen sie wännen.“

Dass die entsetzlichen Ereignisse in den USA durch Menschen absichtlich herbeigeführt wurden, ist in keiner Weise fraglich. Gefragt wird laut: Wer war es? Schon verhaltener: Und warum? Man sucht Täter. US-Präsident Bush redet von „jagen“ und „zur Strecke bringen“.

Angemessen wären Fragen, die auf den ganzen Komplex der wirksamen Faktoren zielen. Was hat Menschen dazu getrieben, nicht nur ihr eigenes Leben zu opfern, sondern dabei auch noch das Leben zahlloser Mitmenschen tödlich gering zu achten? Und warum fühlen alle,

dass hier nicht ein singuläres Ereignis vorgefallen ist, sondern Wiederholung droht?

Die herrschende Ordnung der Welt definiert die Mehrheit der Menschen und Kulturen gering und versetzt sie in Ohnmacht. Damit zerstört sie die menschliche Solidarität, den Konsens des gegenseitigen Nicht-Schaden-Wollens.

Flugzeug und Hochhaus sind mehr als nur ein Symbol der modernen, globalisierten Welt. Sie sind Resultat und Mittel der Ballung von Macht und Reichtum in Zentren und der Marginalisierung der Welt. Gegen sich selbst gewendet, zeigen sie: Die moderne Welt ist auf den menschlichen Konsens angewiesen. Sie kann nicht beherrscht werden.

Den Staatsoberhäupter aller Welt fällt dazu nichts ein als Drohungen. Es fallen Metaphern wie „Jagd“ und „zur Strecke bringen“, die Beziehungen zwischen Mensch und wildem Tier bezeichnen. Schröder versichert die USA der „uneingeschränkten Solidarität“, was nichts anderes heißt als Teilnahme an Vergeltungsschlägen wohin auch immer.

Solch gefährliche Narren sehen nicht, dass es gerade ihre Demonstrationen von Macht und Stärke sind, die das Gute an der Zivilisation zerstören. Wenn sie fortfahren, ihre Übermacht herauszukehren und eine Weltmeinung zu formen, in der Kritik und Argument gegen Macht und Stärke nichts ausrichten können, machen sie den Großteil der Menschheit unglücklich und letztlich die Bevölkerung der Metropolen zu Geiseln ihrer Narrheit.

Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass in den entwickelten Ländern jetzt versucht werden wird, aus den Ereignissen Legitimation für eine weltweite Militärdiktatur zu ziehen. Dagegen braucht es eine Friedensbewegung, die für Zivilisierung der Außenpolitik kämpft, Chancen für eigenständige wirtschaftliche Entwicklung weltweit einfordert und interkulturelle Solidarität praktiziert und durchsetzt.

Redaktion Politische Berichte, 12.9.2001

Paradigmenstreit um das Gesundheitswesen

Anlässlich der Veröffentlichung des Bandes II des Berichts des Sachverständigenrates für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen registrierte die Presse vor allem, dass die Versorgung der BRD im internationalen Vergleich Wünsche übrig lässt.

Bei Diabetes z.B. würde immer noch zuviel amputiert, weil die Vorsorge nicht ausreicht; bei Brustkrebs werden viele unnötige Untersuchungen durchgeführt und dennoch sterben vergleichsweise mehr Frauen als in anderen Industrieländern; bei Rückenleiden wird unverhältnismäßig oft geröntgt; bei Herzerkrankungen zu oft kathetert usw. usw.

Für den zahlungskräftigen Konsumenten gesundheitswirksamer Dienstleistungen mag die Information, dass die Versorgung anderswo hier und da besser sei, etwas bringen. Genauso für medizinische Fachleute, die ihre Behandlungsmethoden verbessern wollen.

Die politische Diskussion muss sich aber auf die Strukturvorgaben konzentrieren, die durch Recht, Gesetz und öffentliche Meinung, durch Finanzierung und bare Zahlung das Gesundheitswesen steuernd beeinflussen.

So geht es auch der Sachverständigenrat an, der in seinem Bericht versucht, Maßstäbe zu verankern.

Stichwort „Bedarf“:

Es wird eine vierteilige Definition gegeben.

Subjektiver Bedarf: Von einem Individuum liegt ein subjektiver Wunsch für eine Behandlung oder Versorgung vor; die Inanspruchnahme entsprechender Leistungen wird tatsächlich gewünscht und versucht.

Objektiver Bedarf: Setzt die objektivierende Feststellung einer Krankheit bzw. einer Funktionseinschränkung bzw. deren drohenden Eintritt voraus.

Latenter Bedarf: Objektiver Bedarf ohne subjektiven Bedarf.

Objektiver Behandlungsbedarf: Ist festzustellen, wenn geeignete Behandlungsverfahren vorhanden sind.

Stichwort Versorgung: Es kann Über-, Unter- und Fehlversorgung vorliegen. Dazu wird eine Tabelle geliefert.

Überversorgung ist gesellschaftlich gesehen teuer, ungerecht im Verhältnis

Tabelle 3: Zur Definition von Über-, Unter- und Fehlversorgung

Leistung ^{a)} Bedarf	wird fachgerecht erbracht	wird nicht fachgerecht erbracht	wird nicht erbracht ^{b)}
nur objektiver, kein subjektiver Bedarf (latenter Bedarf)	bedarfsgerechte Versorgung	Fehlversorgung	(latente) Unterversorgung
subjektiver und objektiver Bedarf	bedarfsgerechte Versorgung	Fehlversorgung	Unterversorgung (ggf. Fehlversorgung)
nur subjektiver, kein objektiver Bedarf	Überversorgung (ggf. Fehlversorgung)	Überversorgung und Fehlversorgung	bedarfsgerechte Versorgung

a) Annahme: Leistung mit gesichertem gesundheitlichen Netto-Nutzen und angemessener Nutzen-Kosten-Relation

b) Annahme: es wird auch keine alternative Leistung erbracht

Quelle: eigene Darstellung

Tabelle 2: Neue Regeln für das System der Gesundheitsversorgung im 21. Jahrhundert

Gegenwärtiger Ansatz	Neue Regeln	Umsetzungsmöglichkeiten
Die Versorgung basiert primär auf Besuchen.	Die Versorgung basiert auf dauerhaften Heilbeziehungen (healing relationships).	Langzeitbetreuung; Sicherung der Rehabilitationserfolge; verhaltensbezogene Maßnahmen der Risikomodifikation.
Die professionelle Autonomie verursacht eine Variabilität der Versorgung.	Die Versorgung ist auf die Bedürfnisse und Werte des Patienten zugeschnitten.	Individuelle Behandlungspläne; Berücksichtigung der lebensweltlichen Bezüge; ein breites, flexibles und differenziertes Versorgungsspektrum.
Die Professionen kontrollieren die Versorgung.	Der Patient kontrolliert die Versorgung (source of control).	Patient als selbstverantwortlicher Manager seiner Krankheit und kompetenter Nutzer des Systems; Partizipation.
Die Information ist eine Akte (retrospektiv, archiviert, passiv, unbeweglich)	Wissen wird geteilt. Es besteht ein freier Informationsfluss.	Information und Schulung; evidenzbasierte Patienteninformationen; Nutzung neuer Informationstechnologien.
Die Entscheidung basiert auf Training und Erfahrung.	Die Entscheidung ist evidenzbasiert.	Evidenzbasierte Medizin; evidenzbasierte Leitlinien; Health Technology Assessment; Entscheidungsanalysen; Versorgungsforschung.
Die Vermeidung von Schädigungen liegt im Bereich der individuellen Verantwortlichkeit.	Sicherheit wird als Systemeigenschaft betrachtet.	Qualitätsmanagement, Risk Management.
Heimlichkeit ist notwendig.	Transparenz ist notwendig.	Zertifizierte und öffentlich zugängliche Leistungs- und Qualitätsberichte; Aufklärung.
Das System reagiert auf Bedürfnisse.	Bedürfnisse werden antizipiert.	Umfassendes, individuelles Assessment; Erhebungen zu Präferenzen der Bevölkerung bzw. der Versicherten; Needs Assessment.
Es wird eine Kostenreduktion angestrebt.	Verschwendung (Überversorgung) wird kontinuierlich abgebaut.	Qualitätssicherung, Leitlinien, evidenzbasierte Medizin, Vergütungssysteme.
Die Rollenbilder der Gesundheitsberufe sind wichtiger als das System.	Die Kooperation zwischen den Leistungserbringern/ Professionen hat Priorität.	Integration, Vernetzung, Inter-/ Multidisziplinarität.

Quelle: modifiziert nach Institute of Medicine (2001) und ergänzt (Spalte 3) (entnommen aus III.1, Kapitel 7 „Versorgung chronisch Kranker“)

der Versicherten zueinander, und für die Individuen nutzlos. Unterversorgung ist inhuman, für die Individuen schädlich und für die Gesellschaft sittlich und letz-

vorsorge die Leistungserbringer, die Versichertengemeinschaft, die Patienten, kurz alle irgendwie an der Sache beteiligten gegeneinander aufgebracht werden. Diese Problemlage will der Sachverständigenrat durch die Institutionalisierung neuer Regeln für das System der Gesundheitsvorsorge handhaben. (Siehe Kasten S. 3)

Der Ausgangsort dieser neuen Regeln ist eine Verschiebung in der Beurteilung des medizinischen Prozesses. Er wird nicht mehr in einer reinen Subjekt-Objekt-Beziehung begriffen, in der Patient [lateinisch: fähig (gewohnt) zu (er)tragen] von einem Arzt behandelt wird. Sondern: Der Patient kontrolliert die Versorgung.

Diesen rot-grünen Reformansatz kontert die CSU, in der der frühere Gesundheitsminister Seehofer wirkt (siehe Faksimile).

Interessant ist, dass in diesem Ansatz die Chance der Kooperation von vornherein ausgeschlossen ist.

Der Satz, dass der Patient der Herr seiner Gesundheit wäre, ist nur auf den ersten Blick albern (denn die Krankheit tut bekanntlich nicht, was der Herr Patient will). Der Widersinn hat aber zwei praktische gesellschaftliche Funktionen: Zum ersten geht es darum, jeden Einzelnen für einen Krankheitsfall verantwortlich und letzten Endes haftbar zu machen. Zum anderen geht es um die Pflege des Kinderglaubens, Gesundheit ließe sich kaufen.

Es war in den letzten Monaten immer wieder davon die Rede, dass die Auseinandersetzung um die Reform des Gesundheitswesens eine entscheidendes Wahlkampfthema werden solle. Ob das so kommt? Ganz sicher lässt sich sagen, dass in Sachen Gesundheitswesen ein echter Konzeptionsstreit vorliegt.

Die gesellschaftlichen Kräfte, die im Gesundheitswesen ein Netz von Beziehungen sehen, das nur durch konkrete Kooperation gefestigt werden kann, stehen gegen

Kräfte, die das Gesundheitswesen als Wirtschaftssektor begreifen, der Leistungen erbringt, die dann konsumiert werden.

Wahrscheinlich wird es für diese Debatte viel ausmachen, ob die Leute, die im medizinischen Berufen tätig sind, die Gelegenheit nutzen, zu einer öffentlichen Diskussion beizutragen.

Der hier vorgestellte Bericht könnte dafür einen Ausgangspunkt bieten. *maf*

Die 232 Seiten lange Kurzfassung ist zu finden unter www.svr-gesundheit.de, Sachverständigenrat für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen, Am Propsthof 78 a, 53121 Bonn, e-mail: svr@bmg.bund.de

Gesundheitspolitik für das neue Jahrhundert

Mehr Gesundheit – mehr Qualität – mehr Verantwortung

Ein sozial abgefedertes marktwirtschaftliches Gesundheitssystem mit staatlicher Impulsgebung bedeutet **nicht**, dass **jedes** Gesundheitsrisiko auf die Solidargemeinschaft übergeht. Vielmehr sollte wieder mehr ins Bewusstsein der Bevölkerung dringen, dass **gesamtgese- schaftliche Aufgabe in erster Linie sein muss**,

EXISTENZIELLE UND ESSENZIELLE RISIKEN DURCH DIE SOLIDARGE- MEINSCHAFT

abzudecken.

Deshalb muss künftig das Bewusstsein in der Bevölkerung gestärkt werden, dass

ZUERST UND ZUNÄCHST JEDER FÜR SICH, SEIN LEBEN UND SEINE GE- SUNDHEIT SELBST VERANTWORTLICH IST.

In dieser seiner Selbstbestimmung und Eigenverantwortung ist

DER VERSICHERTE UND PATIENT ZU STÄRKEN.

Er ist der eigentliche

HERR SEINER GESUNDHEIT.

Mehr Verantwortung, mehr Selbstbestimmung und dadurch mehr Gesundheit müssen zum gesundheitspolitischen Grundkon- sens in unserer Bevölkerung werden. Dies erfordert allerdings ein Umdenken in der Gesellschaft von Kindesbeinen an.

EIN SOLCHES UMDENKEN IST NOTWENDIG UND ALLEN ZUMUTBAR.

Auch die Verantwortlichkeiten der **Leistungserbringer** sind neu zu definieren. Mehr Verantwortung für die Leistungserbringer heißt in erster Linie:

MEHR QUALITÄT BEI DER LEISTUNGSERBRINGUNG.

Ohne qualitativ zureichende Leistung kann nach den Grundsät- zen der Marktgerechtigkeit **auch keine Gegenleistung in Form ei- ner Vergütung erfolgen**. Das bedeutet aber auch, dass jede zurei- chende Leistung adäquat abgegolten werden muss.

Die folgenden Vorschläge für eine längerfristige Reform des Gesundheitswesens orientieren sich somit an den Leitgedanken

- Stärkung der Eigenverantwortung,
- Stärkung der Selbstbestimmung,
- Betonung der Subsidiarität,
- soviel Wettbewerb wie möglich ,
- mehr Qualität bei medizinischen Leistungen und
- staatliche Impulse bei Wettbewerbsversagen.

www.csu.de

ten Ende auch wirtschaftlich belastend. Fehlversorgung belastet die Individuen und letztlich die Gesellschaft.

Damit hat die Kommission ein Beurteilungsgerüst geschaffen, das die Kata- logisierung jedweden Mangels im Ge- sundheitswesen zulässt. Der Vorteil die- ser Systematik ist, dass der Befund mit den Mitteln des common sense, des ge- wöhnlichen Menschenverstandes, disku- tiert werden kann und ein Diskurs denk- bar ist, in den die Feststellungen der Fachleute ebenso einfließen können wie die Bedürfnisse der Leistungsnehmer.

Es ist nur allzu bekannt, dass in dem gegenwärtigen System der Gesundheits-

Schilys Entwurf darf nicht Gesetz werden !

Schily will seinen Gesetzentwurf für ein Zuwanderungsgesetz am 26.9. ins Kabi- nett einbringen. Ob die Regierungspar- teien bis dahin ihre Differenzen beilegen und wie es überhaupt mit dem Gesetz- entwurf weitergeht, ist derzeit jedoch of- fen. Der Grüne Parteirat hat am 3.9. einen Beschluss gefasst, mit dem er seine Kritikpunkte an dem Gesetzentwurf for- muliert. Die Koalitionsrunde am 6.9. brachte keine Einigung. Die Grünen-Vor- sitzende Claudia Roth erklärte, der Ent- wurf sei „nicht zustimmungsfähig“. Die FDP verspricht Schily ihre Unterstüt- zung. Die CDU/CSU ist uneins. Die CSU lehnt den Entwurf strikt ab und verlangt kategorisch, dass „die Zuwanderung nach Deutschland deutlich reduziert“ wird. Müller (Ministerpräsident Saar- land) und Schönbohm (Innenminister Brandenburg) dagegen halten einen „Konsens“ für möglich, „wenn sich die Koalition bewegt“, und nennen v.a. die Punkte „Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung“ und „Beschleunigung der Asylverfahren“. Wenn sich die Koali- tion einigte und/oder wenn ein Ge- setzentwurf im Bundestag die Mehrheit fände, müssten im Bundesrat außer den rot-grün bzw. SPD/FDP-regierten Län- dern mindestens Mecklenburg-Vorpom- mern mit einer SPD/ PDS-Koalition und Brandenburg mit seiner großen Koalition zustimmen. Hessens Ministerpräsident Koch hat derweil unter dem Beifall der REPs angekündigt, die „nationale Iden- tität“ 2002 zum Wahlkampfthema zu ma- chen. Er verspricht damit die völkische Kampagne fortzusetzen, die die CDU ge- gen die doppelte Staatsbürgerschaft ein- geleitet hatte und mit der sie seinerzeit ihre Politik der Schaffung eines ethnisch homogenen deutschen Blocks in der Mit- te Europas kaum verhüllte. Schilys Ge- setzentwurf setzt dem wenig entgegen. Um so wichtiger ist die Entfaltung von Kritik und Widerstand. – Wir setzen auch in dieser Ausgabe die Dokumentation der Kritik von Wohlfahrtsverbänden, Fach- leuten und Menschenrechtsorganisati- onen mit der Stellungnahme von Pro Asyl (aus Platzgründen stark gekürzt) fort. Die vollständige Fassung findet sich, ebenso wie weitere Dokumente, unter: <http://www.proasyl.de/texte/gesetze/brd/zuwanderungsgesetz/positionen/positionen> scc

Stellungnahme von ProAsyl

(...)

Das Gesetz produziert Illegalität: 250 000 Ausländer, darunter nicht nur ab- gelehnte Asylsuchende, haben bisher eine Duldung. Dass sie zum großen Teil über Jahre hinweg mit diesem provisorischen Status leben müssen, wurde in der Ver- gangenheit zu Recht kritisiert. Kettendul- dungen sollen abgeschafft werden, so auch

die Forderung der Süßmuth-Kommission. Nun schüttet Otto Schily das Kind mit dem Bade aus. Die Duldung sollte wegfallen, aber nur für eine Minderheit der bislang Geduldeten soll sie durch eine „Bescheinigung“ über die Aussetzung der Abschiebung ersetzt werden. Lediglich sechs Prozent der bislang Geduldeten haben eine Duldung auf der Basis von § 53 Ausländergesetz, als Folge eines gesetzlichen Abschiebungsverbots, aus Gründen der Genfer Flüchtlingskonvention, der Europäischen Menschenrechtskonvention oder weil das Grundgesetz die Durchsetzung ihrer Abschiebung nicht zulässt. Viel mehr Menschen aber haben – eine Folge des Hinausdefinierens von schutzbedürftigen Menschen aus dem Asyl und vorrangigen Schutzsystemen, lediglich eine Duldung nach § 55 Absatz 2 Ausländergesetz. Ihre Abschiebung verhindern „tatsächliche Abschiebungshindernisse“, zum Beispiel weil es keinen Abschiebungsweg gibt oder der Zielstaat der Abschiebung sie nicht aufnimmt. Für diese große Personengruppe soll es nach den Vorstellungen des Gesetzentwurfes künftig nicht einmal die „Bescheinigung“ geben. Sie fallen ins rechtliche Nichts. Ihnen droht die gesetzlich geregelte Rechtlosigkeit.

Opfer nichtstaatlicher und geschlechtsspezifischer Verfolgung werden schlechter gestellt:

UNHCR, PRO ASYL, Kirchen, Wohlfahrtsverbände und andere Nichtregierungsorganisationen fordern seit langem: Die Genfer Flüchtlingskonvention muss auch in Deutschland endlich so umgesetzt werden, wie dies die meisten anderen europäischen Staaten tun. Opfer nichtstaatlicher und geschlechtsspezifischer Verfolgung müssen den Flüchtlingsstatus nach der Genfer Flüchtlingskonvention erhalten. (...) Die Lücke bleibt nicht nur – sie wird sogar größer.

Eine Klarstellung im Gesetz, dass auch eine von nichtstaatlichen Organisationen ausgehende Verfolgung zur Anerkennung der Flüchtlingseigenschaft im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention führt, sucht man vergeblich. Wie bisher auf § 53 Absatz 6 Ausländergesetz werden die auf diese Weise bereits um einen vernünftigen Schutzstatus Geprellten künftig auf den § 60 Absatz 7 Aufenthaltsgesetz verwiesen. Der alte Zustand wäre die Erteilung einer Duldung gewesen. Die aber kennt das neue Gesetz nicht mehr. Theoretisch wäre nun eine befristete Aufenthaltserlaubnis denkbar. Doch der neue § 60 Aufenthaltsgesetz steht unter einem entscheidenden Vorbehalt: Die Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Absatz 3 wird nicht erteilt, „wenn die Ausreise in einen anderen Staat möglich und zumutbar ist“. Was harmlos klingt, hat weitreichende Folgen. Bisher musste die Behörde die Abschiebung in einen konkreten Staat androhen. War sie in der Praxis nicht vollziehbar, war die Konsequenz: Eine Duldung musste erteilt werden. Nunmehr kann die Ausländerbehörde

de behaupten, dass eine Ausreise in einen anderen Staat möglich und zumutbar sei. Den Nachweis, dass sie in keinen anderen Staat ausweisen können, müssen die Betroffenen nun selbst führen. Die Beweislast wird umgekehrt. Die Folge: Eine aufenthaltsrechtliche Besserstellung wird den Opfern nichtstaatlicher und geschlechtsspezifischer Verfolgung nur im Ausnahmefall zuteil. Den meisten droht eine ungewisse Zukunft. Sie werden oftmals nicht mehr in den Händen halten als die Bescheinigung, dass ihre Abschiebung ausgesetzt wurde.



Plakat der Hochschule für Graphik und Buchkunst Leipzig, gezeigt in der Essener Ausstellung „Rechte Anschläge gegen Gewalt“

Tausende können ihre Arbeitsplätze verlieren

Das neue Gesetzeswerk koppelt die Arbeitserlaubnis daran, dass ein „Aufenthaltstitel“ erteilt wird. Eine bloße „Bescheinigung“ nach § 60 Aufenthaltsgesetz ist jedoch kein Aufenthaltstitel. Bislang geduldete Ausländer dürfen also nicht mehr arbeiten.

Ob und unter welchen Voraussetzungen Asylsuchende künftig während der Dauer des Verfahrens arbeiten dürfen ist unklar. (...) Klar ist ... bislang nur ein gesetzliches Arbeitsverbot für die ersten 12 Monate. § 61 Absatz 2 Asylverfahrensgesetz steht jedoch im Widerspruch zu Artikel 9, Änderung des dritten Buches des Sozialgesetzbuch in Kombination mit § 4 Aufenthaltsgesetz. § 284 (neu) des Sozialgesetzbuches besagt, dass Ausländer nur dann eine Beschäftigung ausüben dürfen, wenn der Aufenthaltstitel es erlaubt. Da jedoch die Aufenthaltsgestattung während des Asylverfahrens in § 4 des Aufenthaltsgesetzes nicht als Aufenthaltstitel aufgeführt ist, dürfen Asylsuchende während der Dauer des Asylverfahrens generell nicht arbeiten. Zumindest besteht hier ein Widerspruch zwischen dem Asylverfahrensgesetz und dem Aufenthaltsgesetz.

Soziale Ausgrenzung: Zeitlich unbeschränkt und auf weitere Gruppen ausgeweitet

Während das Bundessozialhilfegesetz den Anspruch hat, einem jeden ein Leben in Menschenwürde zu ermöglichen, gilt seit Inkrafttreten des Asylbewerberleistungsgesetzes für Asylsuchende und andere Personengruppen nur noch eine „Men-

schenwürde mit Rabatt“. Überwiegend werden sie mit Sachleistungen abgespeist. Das Leistungsniveau liegt mehr als 30% unterhalb der Sozialhilfe in der Nähe des physischen Existenzminimums. Seit Jahren wird die Ausgrenzung der Betroffenen mit einer Art Salami-Taktik vorangetrieben. Zunächst galten die geminderten Leistungen für ein Jahr, dann für drei Jahre. Künftig soll das katastrophale Leistungsniveau zeitlich unbegrenzt gelten.

Auch den Betroffenenkreis will man erheblich ausweiten: Auf alle Ausländer mit Abschiebungsschutz, auch dann, wenn deren Abschiebung ausgesetzt ist ...

Missachtung der Genfer Flüchtlingskonvention: Das politische Engagement von Flüchtlingen wird sanktioniert

(...)

Statt Härtefallregelungen: Privatisierung des Schutzes von Flüchtlingen

(...)

Ab ins Ausreisezentrum

Der Aufenthalt vollziehbar ausreisepflichtiger Ausländer soll künftig in jedem Fall beschränkt werden. Diese rechtlich zwingende Regelung kennt keine Ausnahmen. Die Betroffenen können gemäß § 61 Aufenthaltsgesetz verpflichtet werden, in einer Ausreisereinrichtung zu wohnen. Für die Einweisung in eine solche halboffene Einrichtung, in der durch regelmäßige Befragung Druck auf die Betroffenen ausgeübt wird, genügt es, wenn Anhaltspunkte für den Verdacht bestehen, dass man einer Ausreisepflicht nicht nachkommen könnte – ein rechter Gummiparagraf – oder wenn die gesetzte Ausreisefrist abgelaufen ist. Insbesondere letztere Regelung ermöglicht praktisch die Einweisung der großen Mehrheit der bislang geduldeten Ausländer – ob sie nun die „Bescheinigung“ haben oder nicht in derartige Ausreisezentren. Modellprojekte existieren bereits in Rheinland-Pfalz und Niedersachsen. Ohne zeitliche Begrenzung wird dort auf die Betroffenen durch permanenten Druck eingewirkt, nachdem man sie von ihrem Wohnort wegverteilt und dort eingewiesen hat – bei gleichzeitigem Entzug der Arbeitsgenehmigung. Die derart Entwurzelten, die oftmals überhaupt nicht die Möglichkeit haben auszureisen, ziehen das Abtauchen in die Illegalität dem Leben unter solchen Bedingungen vor. Wer sich in diese Ausreisezentren nicht einweisen lässt oder untertaucht und dann aufgegriffen wird, erfüllt die Voraussetzungen für die Verhängung von Abschiebungshaft.

Abschiebungshaft – Der Skandal geht weiter

(...)

Eine künftige Regelung der Einwanderung darf nicht zu Lasten schutzbedürftiger Menschen gehen. Dieses Potpourri der Restriktionen darf nicht Gesetz werden. Es handelt sich um nicht weniger als den weitreichendsten Beitrag zur Entrechtung von Asylsuchenden und Geduldeten seit dem Asylkompromiss 1993.

Glottz im Größenwahn

Anlässlich des Tags der Vertriebenen beim Bund der Vertriebenen BdV als Redner eingeladen, forderte am 2.9.01 in Berlin der bayerische Ministerpräsident Stoiber einmal mehr, die tschechische Regierung müsse „die Vertreibungsdekrete von 1945“ zurücknehmen, da diese nicht in die Werteordnung der Europäischen Union passten. Während dies breit durch die Presse ging, fanden viel weitergehende Auslassungen von Peter Glottz bei derselben Gelegenheit nicht so viel Beachtung. Peter Glottz ist zur Zeit Professor in Sankt Gallen, davor und daneben gibt es ihn aber auch als SPD-Funktionär. Wenn er zur Außenpolitik spricht, hat er sich auf irgendeine Weise mit der Regierung abgestimmt. Der FAZ war dann aufgefallen, dass Glottz gesagt hatte, dass die Vertreibung keineswegs nur mit Tschechen und Polen diskutiert werden müsse, es lohne sich auch die Diskussion mit Amerikanern, Engländern und Franzosen.¹

Im Zusammenhang des Vortrags² wird ganz deutlich, dass Glottz eine Diskussion über das Potsdamer Abkommen sucht, das für die Abgrenzung der Staaten in Mittel und Osteuropa maßgebend ist. Das Vertragswerk war 1945 von den großen Mächten der Anti-Hitler-Koalition abgeschlossen worden, also den USA, England Frankreich und der Sowjetunion.

Was soll das heißen, dass Glottz mit drei von den vier reden will? Es heißt, dass er die Gelegenheit sieht, diese alte Interessenverbindung zur Zügelung weltgefährlichen deutschen Großmachtstrebens aufzudröseln, und dass es offen gesagt wird, heißt, dass er diese Gelegenheit nicht nur sieht, sondern wahrnimmt.

Aber es geht nicht nur – übel genug – um einen weiteren Versuch, die Beziehungen der Westmächte zu Russland zu belasten. Es ist mehr im Busch. Wenn nämlich das Potsdamer Abkommen thematisiert wird, werden sämtliche Abgrenzungen der Staaten in Mittel- und Osteuropa problematisiert. Zu Umsiedlungen war es gekommen, weil die militärische Expansion mit einer großdeutsch-völkischen Ordnungsvorstellung für Mittel- und Osteuropa verbunden gewesen war und weil diese Ordnungsvorstellung trotz der militärischen Niederlage der Faschisten nicht tot war.³ Neuere Publikationen, auch in deutscher Sprache, zeigen bestürzend deutlich den Grad der Verblendung z.B. auch von sozialdemokratischen Exilpolitikern der Sudetendeutschen, die bis zum bitteren Ende wenigstens Teile der sog. Sudetengebiete von der Tschechoslowakei abspalten wollten.

Insgesamt war das großdeutsche Politikkonzept von den staatstragenden Parteien der BRD nie aufgearbeitet worden; durch die Machtverhältnisse praktisch erledigt, hatte es dennoch immer in irgendwelchen Arbeitskreisen der Union,

http://www.bund-der-vertriebenen.de

unerträglich aber finde ich es, wenn die Vertreibung heute noch gerechtfertigt wird, wenn sie weggeschoben werden soll als bloßes „Thema für Historiker“, wenn so getan wird, als könne man dicke Striche unter die Vergangenheit ziehen, wenn also sogar Gesten, symbolische Entschädigungen, Schuldbekenntnisse – wie sie Vaclav Havel oder die tschechischen katholischen Bischöfe abgegeben haben – verweigert werden. Der tschechische Politikwissenschaftler Bohumil Dolezal hat im März dieses Jahres bemerkt: „Die Regierung Schröder geht von dem an sich richtigen Grundsatz aus, dass die Bewältigung des Problems der Vertreibung der Deutschen vor allem ein innertschechisches Problem ist und dass die Einmischung des deutschen Staates kontraproduktiv wäre. Die tschechischen Nationalisten zogen daraus allerdings den Schluss: Alles darf vergessen werden.“ Wir müssen dafür sorgen, dass diese Strategie nicht funktioniert.

Das ist der Grund, warum ich mich für ein Zentrum gegen Vertreibungen in Berlin engagiere. Denn das Thema ist weder erledigt noch aufgearbeitet. Es ist auch keineswegs nur ein Thema, das wir mit Tschechen und Polen diskutieren müssen. Es lohnt auch die Diskussion mit Amerikanern, Engländern und Franzosen. Churchill hat im Dezember 1944 im Unterhaus gesagt: „Die nach unserem Ermessen befriedigendste und dauerhafteste Methode ist die Vertreibung. Sie wird die Vermischung von Bevölkerungen abschaffen, die zu endlosen Schwierigkeiten führt. Es wird rei-

ner Tisch gemacht werden.“ Solche Auffassungen sind auch heute noch keineswegs vom Tisch. Als der jetzige amerikanische Präsident Bush in seinem Wahlkampf die Vertreibung der Deutschen einen der schlimmsten Fälle kultureller Ausrottung genannt hatte, schickte das State Department dieser Äußerung eilends die Versicherung hinterher, dass sich die Haltung der Vereinigten Staaten zur Potsdamer Konferenz und zur Vertreibung nicht geändert habe. Schon dieses Detail zeigt, dass wir ein Zentrum gegen Vertreibungen brauchen. Es soll nicht vor allem unsere Erinnerungen pflegen, es soll dazu beitragen, Vertreibungen weltweit zu ächten, die Völkergemeinschaft zu sensibilisieren und die Auseinandersetzung mit Ethnonationalismus und der Idee des ethnisch homogenen Nationalstaats systematisch zu führen. Insofern wird dieses Zentrum ein Beitrag zur Bekämpfung des Rechtsradikalismus und Rechtspopulismus sein.

Machen wir uns nichts vor: Die große Mehrheit der Tschechen ist noch heute der Auffassung, dass die Vertreibung notwendig und gerechtfertigt war. Dies hat sich an den Reaktionen auf die Entschuldigung Vaclav Havels wegen der Vertreibung deutlich gezeigt. Havel hat von uns allen nicht rasch genug Antwort bekommen. Gerade die Reaktion der Vertriebenen war zu lau. Die Mehrheit der Deutschen will ihre Ruhe haben, die Alliierten des Zweiten Weltkriegs haben die Vertreibung in Potsdam gebilligt und wollen keine Diskussion dieser Schuld. Es gibt weiß Gott viel zu diskutieren.

der FDP oder der SPD weitergelebt. Eine feste Burg hatte es jedoch in den Vertriebenenverbänden und bei den faschistischen Parteiensätzen.

Der Glottz-Auftritt vor den Vertriebenen kann gar nicht anders interpretiert werden: Es gibt Kräfte in der Bundesregierung, die die gesamte Nachkriegsordnung problematisieren wollen und sich dabei nicht scheuen, die Abwehr der großdeutschen Expansionsdrohung als Ungerechtigkeit darzustellen.

Da zeichnet sich eine Veränderung in der deutschen Außenpolitik ab. Bis jetzt wurde durch eine Vielzahl von Verträgen und Versprechen der Eindruck gepflegt, die deutsche Staatspolitik erkenne die bestehenden Grenzen an und bei der Auseinandersetzung um Recht/Unrecht der Vertreibungen gehe es um Grenzfragen jedenfalls nicht, sondern um Normfragen für die Zukunft.

Wenn Glottz jetzt über Potsdam diskutieren will, und zwar mit den USA; England, Frankreich (also ausdrücklich nicht mit Russland), dann geht es um die ganze Ordnung, die das antifaschistische Bündnis nach 1945 im gequälten und unterjochten Europa herstellte. Welchen

Sinn kann eine solche Politik haben? Es wäre für alle Beteiligten besser, sie würde bereits in den Startlöchern scheitern.

maf

1 *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 3.9.2001, Nr. 204, S. 4: Stoiber sagte ..., diese Dekrete des EU-Beitrittskandidaten passten nicht in die Werteordnung der Europäischen Union. Es dürfe keine selektive Erinnerung geben. Opfer sollten nicht unterschiedlich qualifiziert werden. Deutsche hätten durch Russen, Polen und Tschechen und im Namen der jeweiligen Regime gelitten. Juden, Russen, Ukrainer, Polen und Tschechen und viele andere Völker hätten durch Deutsche und in deutschem Namen gelitten. Deutsche Verantwortung könne nicht gelehnet werden. ... BdV-Präsidentin Erika Steinbach forderte, die geplanten Übergangsfristen für die Niederlassungsfreiheit und den Grunderwerb in den EU-Beitrittsländern für deutsche Opfer von Vertreibung aufzuheben. Der SPD-Politiker Peter Glottz sprach als Gastredner von einem „politischen Paradigmenwechsel“, den Schily im Umgang mit den Vertriebenen eingeleitet habe. Glottz sagte: „Vertreibung ist keineswegs nur ein Thema, das wir mit Tschechen und Polen diskutieren müssen. Es lohnt auch die Diskussion mit Amerikanern, Engländern und Franzosen.“

2 Rede Glottz, dokumentiert bei www.bund-der-vertriebenen.de, Auszug im Kasten s.o.

3 Namentlich Wenzel Jaksch, siehe Detlev Brandes, *Der Weg zur Vertreibung*, Collegium Carolinum, München, Oldenbourg, 2001

„Robuster“ Einsatz

„Bürgerkrieg oder Protektorat“, kommentiert der „Welt“-Kommentator M. Stürmer am 10.9. die mazedonische Frage. Während die mazedonische Regierung unterstrich, dass die Nato-Truppen nach Ablauf des 30-tägigen Mandats das Land zu verlassen haben, laufen die Nato-Vorbereitungen für die Verlängerung und Ausweitung des militärischen Einsatzes auf Hochtouren. Die Frage ist nicht, ob, sondern wie die „Nachfolgemission“ ins Werk gesetzt wird. Die EU-Außenminister verständigten sich darauf, dass die Nato in Mazedonien bleibt und ihr Verbleiben mit dem Schutz ziviler Beobachter der EU und der OSZE begründet werden soll. Das Mandat soll dann, auf Vorschlag Fischers, „robust“ sein. Der frühere französische Verteidigungsminister Léotard hatte die EU-Einsatztruppe ins Spiel gebracht. „Zu früh“, soll die deutsche Bundesregierung abgelehnt haben. Weil, wie sie in einem Positionspapier festhält, „die erste ESVP-Mission unbedingt ein uneingeschränkter Erfolg werden muss“ („Welt“, 11.9.). Fischer will die Nato-Truppen durch russische Soldaten ergänzen und den Einsatz mit einem UN-Mandat versehen, wenn möglich. Wenn nicht, dann nicht. Auf der einen Seite nämlich will die Nato Russland durchaus einbinden und dadurch als Garantmacht für die Souveränität Mazedoniens neutralisieren. Auf der anderen Seite überlässt sie den Mazedonieneseinsatz nicht der UNO und der Mitsprache Russlands und Chinas, sondern akzeptiert ein UN-Mandat nur als Bestätigung des eigenen Vorgehens.

In den Medien ändert sich der Tonfall der Berichterstattung; das verheißt nichts Gutes. Seit die Albaner einige alte chinesische Kalaschnikows und noch ältere Infanteriegewehre abgeliefert haben, wird die Gefahr für den „Friedensprozess“ eindeutig in den „slawischen Mazedoniern“, ihrer „aufgeputzten Stimmung“ und den „slawischen Hardlinern“ ausgemacht. Die propagandistische Vorbereitung für den „robusten Einsatz“

scc



Mit vielfältigen Aktionen und zahlreichen, meist allerdings kleineren Demonstrationen protestierte die Friedensbewegung vor dem und am Antikriegstag gegen den Mazedonien-Einsatz der Bundeswehr.

Kurdische Massenproteste und Identitätskampagne für Frieden und eine politische Lösung

„Freiheit oder Aufstand“

Seit längerem ist der kurdische Konflikt aus den Schlagzeilen verschwunden. Kaum Aufmerksamkeit erregte vor wenigen Tagen der Terror der türkischen Sicherheitskräfte im ganzen Land gegen Tausende demonstrierende Kurden am Antikriegstag. Der Gouverneur von Ankara hatte eine Friedensdemonstration der HADEP verboten. So kam es zu Demonstrationen und regelrechten Straßenschlachten in allen größeren Städten der Türkei und teilweise bis ins letzte Dorf in den kurdischen Gebieten. In Istanbul kam ein HADEP-Mitglied beim Polizeiangriff auf ein Parteibüro ums Leben. Allein in Ankara wurden 1000 und in Istanbul 700 Demonstranten verhaftet.

Am 13. Juni hatte auf Initiative der PKK weltweit die Identitätskampagne „Auch ich bin ein PKKler“ begonnen, mit der die Unterstützung für den Friedensprozess in Kurdistan und für die kurdische Identität dokumentiert werden soll. In Europa, den USA, Kanada und Australien bekannten sich bisher weit über 100 000 Menschen in Selbstanzeigen zur

Unterstützung dieser Politik.

In Deutschland, einer der Schwerpunkte der Kampagne, blieb natürlich



Menschen fliehen in Panik vor einem Polizeiangriff, ein Kurde kommt dabei ums Leben

Dokumentiert:

PKK: Unsere Geduld ist vorbei – Freiheit oder Aufstand

Der PKK-Präsidialrat hat eine Erklärung herausgegeben, in der es heißt, dass durch die fortgesetzten Angriffe der Türkei ein neuer Krieg unausweichlich ist. Falls kein erneuter Kriegsausbruch gewollt werde, müssten unverzüglich alle Militäroperationen gestoppt werden. Weiterhin enthält die Erklärung ein sieben Punkte umfassendes Forderungspaket, das neben der Abschaffung der Todesstrafe auf die Erlangung von Frieden, Dialog und eine demokratische Lösung ausgerichtet ist.

Die Suche des kurdischen Volkes nach einer demokratischen, politischen Lösung sei vom türkischen Staat stets mit Krieg beantwortet worden, so der PKK-Präsidialrat. Diese Entwicklung sei gefährlich: „Die intensivierten Angriffe der Türkei strapazieren die Geduld unseres Volkes täglich stärker. Es wird dazu getrieben, auf diese Angriffe eine Antwort zu geben.“ Die „Identitätskampagne“ im Rahmen der zweiten Friedensoffensive sei die letzte Chance für die Suche einer politisch-demokratischen Lösung der kurdischen Frage. „Wenn diese Chance von den entsprechenden Mächten nicht genutzt wird, ist ein neuer Krieg unausweichlich. Wenn die betreffenden Mächte keinen neuen Krieg wollen, müssen sie sofortige Maßnahmen für die Abschaf-

fung der Todesstrafe und eine auf Frieden und Dialog ausgerichtete, demokratische und politische Lösung treffen. Jede weitere Verzögerung wird zum Schaden aller sein und die Kriegsgefahr vergrößern. Die von uns aufgestellten dringenden Forderungen erfordern den Dialog mit den kurdischen nationalen Kräften und Institutionen. Wir rufen die Türkei und alle entsprechenden Mächte zum Dialog für eine Lösung auf.“

Der vom kurdischen Volk unter Führung der PKK begonnene Lösungsprozess auf der Basis von Frieden, Demokratie und freiwilliger Einheit sei vom türkischen Staat mit Angriffen beantwortet worden: „Neben den Angriffen auf unsere Guerillakräfte, die viele Verluste gekostet haben, sind auch die Institutionen, die sich für eine politische, demokratische Lösung der kurdischen Frage einsetzen, täglichen Angriffen ausgesetzt. Die Repression, die nach dem Verschwindenlassen der beiden HADEP-Funktionäre aus Silopi begann, hat in den Monaten Mai und Juni mit Festnahmen, Verhaftungen und der Verhinderung politischer Aktivitäten ihren Höhepunkt erreicht. Damit ist beabsichtigt, den Kampf des kurdischen Volkes für Freiheit und Demokratie mit einem sowohl militärischen als auch politischen Krieg zu liquidieren.“

→ nicht die Reaktion der Staatsmacht aus. Polizeibehörden, Staatsanwaltschaften und Bundesanwaltschaft überfielen die Vereine in Pforzheim, Hamburg und München, verhaften Funktionäre, klagen Kurdinnen und Kurden an. Die türkischen Sicherheitsbehörden bekundeten schon ihr Interesse an den Listen der Identitätskampagne und erklärten, sie wolle gegen die Unterstützer der PKK im Ausland Verfahren eröffnen. Es ist kaum daran zu zweifeln, dass das türkische Regime nicht im Rahmen der guten polizeilichen Zusammenarbeit in den Besitz der Unterlagen aus Deutschland kommt.

Gleichzeitig wurde die Genehmigung von neuen Waffenlieferungen in Millionenhöhe durch die Bundesregierung an das türkische Regime bekannt. Es dürfte der Bundesregierung wahrlich nicht entgangen sein, dass das türkische Militär weiter in den kurdischen Gebieten Dörfer zerstört und die Bevölkerung vertreibt, und die militärischen Vorstöße in den Irak nach Südkurdistan werden nicht nur geduldet, sondern aktiv mit Waffenlieferungen unterstützt. Die Berichte der Menschenrechtsorganisationen über die steigende Repression, Folter und das Verschwinden von Politikern in der Türkei scheint auch kein Hemmnis für die guten Beziehungen zu sein.

Es wirft sich die Frage auf, was den Kurdinnen und Kurden noch zugemutet werden soll. Mit ihrer Identitätskampagne versuchen sie, das Schweigen der eu-

ropäischen Mächte zur Kurdistanfrage zu durchbrechen. Duran Kalkan, Mitglied des Präsidialrates der PKK, hatte die Rolle Europas in diesem Konflikt im Mai in einem Interview mit der Zeitung *Özgür Politika* erläutert: „Um diese Frage beantworten zu können, ist eine genaue Definition des europäischen Verhältnisses zur kurdischen Frage, zum Demokratisierungsproblem der Türkei und zum Mittleren Osten notwendig. Das gegenwärtige System des Mittleren Ostens hat nicht die Sowjetunion, sondern Europa geschaffen. Die Beziehungen Frankreichs, Deutschlands und Großbritanniens zur Region sind wesentlich enger als die der ehemaligen Sowjetunion. Das Führungssystem von Hafiz Esad oder Saddam sind ein europäisches Produkt wie auch das gesamte System im Mittleren Osten, das immer wieder Quelle von neuen Problemen ist. Die kurdische Frage stellt eines der wichtigsten Probleme der Region dar. Die Verleugnungs- und Vernichtungspolitik gegenüber den Kurden entstand mit den in Europa geschlossenen Abkommen. Was mit Lausanne geschaffen wurde, hält bis heute an. Deshalb liegt es auf der Hand, dass auch die Lösung der kurdischen Frage im Zusammenhang mit dem europäischen System steht. Es besteht die Tendenz, die kurdische Frage nur als eine Frage der Kurden und der Türkei bzw. der Region zu sehen. Wir sind der Meinung, dass die Sichtweise dieser Tendenz sehr begrenzt

ist. Die kurdische Frage ist ein internationale Frage. Ismail Besikci (türkischer Soziologe, der mehr als die Hälfte seines Lebens im Gefängnis verbracht hat, weil er sich mit der kurdischen Frage beschäftigt hat) definierte dies als ‚internationales Kolonialsystem‘. Das Zentrum dieser Kolonialisierung war Europa.“

Im Juni hatte der Präsidialrat der PKK zur Identitätskampagne und zur Verstärkung der Massenproteste bis zum politischen Aufstand in Kurdistan und der Türkei aufgerufen und die türkische Regierung als auch Europa davor gewarnt, dies nicht als einen Schritt für eine friedliche Lösung des Konflikts zu begreifen. Der Grat zwischen demokratischer und friedlicher Entwicklung und erneutem Krieg in der Türkei ist sehr schmal geworden.

Die 6. PKK-Konferenz im August dieses Jahres forderte nun dazu auf, die bislang zersplitterten Proteste in Kurdistan zu einem dauerhaften Aufstand zu wandeln unter der Parole „Jetzt sofort – Freiheit oder Serhildan“.

Die europäische Politik und im besonderen Maße die der Bundesregierung steht in der Kurdistanfrage erneut an einem Scheideweg. Sie haben es in der Hand, eine demokratische Entwicklung in der Türkei und damit im Mittleren Osten zu unterstützen und zu fördern oder weiter ihr Bollwerk Türkei mit Milliarden Krediten und Waffen zu rüsten.

rub

→ Es gebe immer mehr Anzeichen dafür, dass die Republik Türkei den Krieg dem Frieden vorziehe, so der PKK-Präsidialrat: „Als Ergebnis dieser Entscheidung ist auch in der 37. Artikel umfassenden Verfassungsänderung nicht die Aufhebung der Todesstrafe und die Lösung der kurdischen Frage enthalten. In einer Zeit der Vorbereitung auf den bevorstehenden Prozess vor dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof werden ohne jegliche Angabe von Gründen Treffen zwischen dem Vorsitzenden unserer Partei, dem Genossen Abdullah Öcalan, und seinen Anwälten verhindert. Die normalerweise einmal wöchentlich stattfindenden Treffen sind im Juni unterbrochen worden. Auch diese Lage kennzeichnet die Ausrichtung der Republik Türkei auf den Krieg. Die Erklärung des Ministerpräsidenten, ein Status für die Kurden in Südkurdistan stelle einen ‚Kriegsgrund‘ dar, kann bei genauer Betrachtung als Entscheidung des türkischen Staates für den Krieg verstanden werden.“ Des Weiteren wird in der Erklärung darauf hingewiesen, dass die unbestimmte Haltung internationaler Kräfte wie den USA, der EU und Russland, die schon im Komplott gegen den PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan eine Rolle gespielt haben, einen wichtigen Raum einnimmt bei der Aktualisierung der Kriegsgefahr durch die Türkei.

Lösungsforderungen

Der PKK-Präsidialrat hat ein sieben Punkte umfassendes, dringendes Forderungspaket aufgestellt, „um die Kriegsgefahr zu stoppen und den Lösungsprozess zu entwickeln“:

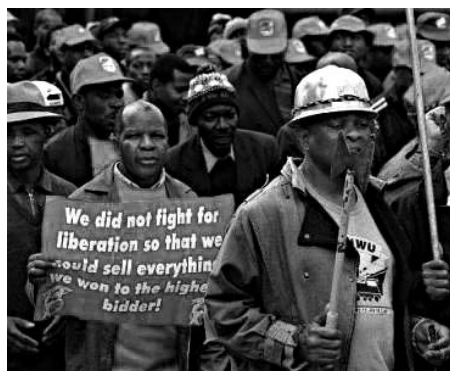
- ▶ Die Republik Türkei muss die Todesstrafe unterschieds- und bedingungslos abschaffen.
- ▶ Die Angriffe auf unsere Volksverteidigungskräfte und die sich für eine friedliche Lösung der kurdischen Frage einsetzenden demokratischen Kräfte müssen beendet werden.
- ▶ Unserem Volk muss das Recht zugesprochen werden, dass Ausbildung und Medien in seiner eigenen Sprache stattfinden können.
- ▶ Die Verfassungsänderung muss das Recht auf freie Meinungsäußerung, Organisation und politische Arbeit beinhalten.
- ▶ Das Parteien- und Wahlgesetz muss neu geregelt werden, damit alle gesellschaftlichen Kreise ihren Willen hervorbringen können.
- ▶ Der Ausnahmezustand muss aufgehoben werden. Es müssen Vorkehrungen für die Rückkehr in die Dörfer getroffen werden.
- ▶ Die EU muss die nationale und politische Identität der Kurden anerkennen. Die USA, Russland, die EU und die weiteren internationalen Mächte müs-

sen die Forderungen des kurdischen Volkes respektieren und ihre Politik dementsprechend ändern.

Aufruf zur Serhildan-Offensive

Der PKK-Präsidialrat hat das kurdische Volk dazu aufgerufen, die Entwicklungen zu beobachten und in Bewegung zu treten. In der Erklärung wird darauf hingewiesen, dass sich der Kampf in einer kritischen Phase befindet: „Wir befinden uns in der Situation, die zweite Friedensoffensive noch kräftiger zu entwickeln, damit wir auf dem Weg zu einer demokratischen, politischen Lösung weiterkommen. Dafür müsst Ihr die Teilnahme an den Serhildan-Aktionen sichern. Aktivitäten wie die in Europa begonnenen Identitätsbekundungen, Demonstrationen, Rollläden-Schließen, Boykotte, Streiks, Unterschriftensammlungen etc. müssen in eine große Serhildan-Offensive umgewandelt werden. Unser gesamtes im In- oder Ausland lebendes Volk muss unter dem Motto „Unsere Geduld ist vorbei – Freiheit oder Aufstand“ in Aktion treten. Auf dieser Basis rufen wir Euch, unser gesamtes Volk, dazu auf, mit all seiner Kraft, seinen Möglichkeiten und Fähigkeiten in Bewegung zu treten.“

(Aus: *Kurdistan-Rundbrief*, Nr. 14, Jg. 14, 11.7.2001, *Özgür Politika*, 22.6.01, Übersetzung: *IsKu, Hamburg*)



Südafrika. „Wir haben nicht für Befreiung bekämpft, um alles, was wir erreicht haben, an den Meistbietenden zu verkaufen“, steht auf dem Schild links. Rund 5 Millionen Menschen beteiligten sich am 29./30. August an einem landesweiten Streik gegen das Privatisierungsprogramm der Regierung. Nach Auskunft des Gewerkschaftsbundes COSATU, der mit anderen Gewerkschaften und Organisationen sowie der Studierendenbewegung den Streik organisierte, beteiligten sich zwischen 50 und 70% der Beschäftigten an den Aktionen. Die Regierung will zunächst vor allem das Telefonunternehmen Telkom und die Verkehrsgesellschaft Transnet privatisieren. COSATU kritisiert, dass lediglich eine kleine Handvoll internationaler Monopole profitiert, während die große Zahl der Armen von den Dienstleistungen der privatisierten Unternehmen ausgeschlossen würde. Die Regierung solle ihre Wirtschaftspolitik auf die Verbesserung der Dienstleistungen für die in der Regel armen Bewohner der schwarzen Townships richten müsse.

Herero verklagen Firmen wegen deutscher Kolonialverbrechen

Anwälte der Herero aus Namibia haben eine Sammelklage vor einem Gericht in Washington gegen die Deutsche Bank, die Reederei Deutsche Afrika-Linie und den US-amerikanischen Baugerätehersteller Terex eingereicht. Sie fordern von den Firmen zwei Milliarden Dollar Entschädigung für die Kolonialverbrechen vor fast 100 Jahren, die die Firmen in einer „brutalen Allianz mit dem imperialistischen Deutschland“ in der damaligen deutschen Kolonie Südwestafrika begangen haben. Das habe zur Versklavung und Vernichtung der Herero geführt. Die Herero hatten sich 1904–1907 gegen die deutsche Kolonialmacht erhoben. Das Deutsche Reich antwortete mit einem Vernichtungsfeldzug, in dem rund 65.000 Herero getötet wurden. Die verklagten Firmen, bzw. ihre Vorgänger, waren in der deutschen Kolonie aktiv. Ein Herero-Chief erklärte, auch die Forderungen und Erfolge der ehemaligen NS-Zwangsarbeiter habe sie zu diesem Schritt bewogen. rub

China: Berichte über Sklavenarbeit häufen sich

In chinesischen Medien häufen sich Berichte über Fälle von Sklaverei. Während in den vergangenen beiden Jahren Raub und Verkauf von Frauen und Kindern im Mittelpunkt standen, wird nun zunehmend über die Versklavung armer Bauern berichtet. Im Mai z.B. berichtete eine Zeitung, dass 90 Bauern in die Industriestadt Shenyang verschleppt und zur Arbeit ohne Lohn gezwungen wurden. Eine andere berichtete von fünf Frauen, die in einer Fabrik in Hebei Sklavenarbeit verrichten mussten und einen

Stromausfall zur Flucht nutzen konnten. In Zhengzhou befreite die Polizei aus einer illegalen Kohlengrube 30 Sklaven, aus einer Nachbargrube weitere 16. Solche Fälle gibt es viele. Hintergrund ist, dass seit Jahren Millionen Bauern aus armen Regionen als Wanderarbeiter in die Städte des Ostens ziehen und dort, oft halblegal oder illegal, nach Arbeit suchen. Wie viele von ihnen in die Hände von Menschenhändlern fallen, die sie weiterverkaufen, ist nicht bekannt. Sie müssen unter unsäglichen Bedingungen schuften. Die Flucht gelingt selten, versuchen sie zu fliehen, werden sie schwer bestraft, wenn sie wieder eingefangen werden. Kürzlich wurde ein Fall bekannt, in dem ein Sklave zur Abschreckung vor den Augen anderer Sklaven erschlagen wurde. Die Sklavenhalterei wird anscheinend nicht selten von den örtlichen Behörden geduldet. Die KP Chinas hat jetzt jedoch scharfe Sanktionen gegen Sklavenhalter angekündigt.

Katastrophale Lage in den palästinensischen Gebieten

Ein aktueller UNO-Bericht über die Auswirkungen der israelischen Maßnahmen auf die wirtschaftliche Lage der Palästinenser zeichnet ein katastrophales Bild. Durch die Sperrung der Grenze büßten Lohnabhängige, die außerhalb der palästinensischen Gebiete gearbeitet hatten, in den ersten neun Monaten seit Beginn der Intifada Löhne in Höhe von 460 Mio. \$ ein. Innerhalb der autonomen Gebiete verlor die palästinensische Wirtschaft infolge der Absperrungen und der massiven Beschränkungen des Personen- und Warenverkehrs zwischen Israel und den Autonomiegebieten, aber auch zwischen Ortschaften innerhalb der Autonomiegebiete etwa 1,4 bis 2 Mrd. \$. Ins-

gesamt betrage der Verlust, den die palästinensische Wirtschaft erleiden musste, fast 1000\$ pro Kopf. Die Arbeitslosenrate, die Mitte 2000 10% betrug, befindet sich mit 24% wieder auf dem Niveau von 1996, 50% der Bevölkerung im Gaza-Streifen und im Westjordanland leben unter dem Existenzminimum von 2\$ pro Tag.

„Kleiner Donaugipfel“

Der sog. „Kleine Donaugipfel“ – an ihm nehmen die Regierungschefs aus Ungarn, Österreich, Bayern und Baden-Württemberg teil – forderte auf seiner Tagung am 5.9. die grundlegende Reform der Europäischen Union, mehr Einfluss für Länder und Regionen, engere Zusammenarbeit von Polizei und Justiz und eine Strukturreform der Agrarpolitik. Den „Donaugipfel“ gibt es seit letztem Jahr. Konkret beschlossen wurde bisher die Einrichtung einer deutschen Universität in Budapest, die im Herbst 2002 ihre Arbeit aufnehmen soll. Der „Donaugipfel“ setzt sich für den bevorzugten Beitritt Ungarns zur EU ein. Es sei falsch, alle Beitrittskandidaten in einem Gruppenprozess gemeinsam zu bewerten.

BRD – Ungarn: Gleich und gleich ...

Der CDU-Politiker Elmar, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Europaparlaments, befürwortet, dass Ungarn 2004 der EU beitrete. Auch die internationale Kritik am sog. Statusgesetz, mit dem sich Ungarn massiv in Angelegenheiten der Nachbarländer Rumänien und Slowakei einmischte, indem es den dort lebenden ungarischen Minderheiten zu einer privilegierten Stellung verhilft, werde das hohe Tempo der Beitrittsverhandlungen nicht stoppen, so Brok. Auch habe Deutschland ähnliche Regelungen für „seine“ Minderheiten in Polen und der ehemaligen Sowjetunion. Das Europaparlament dürfe das Statusgesetz deshalb nicht isoliert untersuchen, sondern müsse mit entsprechenden Regelungen etwa Deutschlands vergleichen.

Polen: Energie- als „Sicherheitspolitik“

Als „wichtiges Element der polnischen Sicherheitspolitik“ bezeichnete Ministerpräsident Buzek den Abschluss eines langfristigen Vertrages mit Norwegen über zukünftige Gaslieferungen. Damit löse sich Polen mittelfristig aus der Abhängigkeit von Russland. 2008 soll die neue Pipeline durch die Nord- und Ostsee fertiggestellt sein, durch die das Gas geliefert wird. Norwegen wird dann innerhalb von 16 Jahren 74 Mrd. m³ Gas an Polen liefern. Die sozialdemokratische Opposition in Polen kritisiert, dass die Preise über denen des russischen Gases liegen und Polen mehr Gas beziehe als für den Eigenverbrauch nötig.

Zusammenstellung: scc

AACHEN. Am 1. Sept. erhielten Kazuo Soda, Überlebender des Atombombenabwurfs auf Nagasaki, und Heiko Kauffmann, als Vertreter von Pro Asyl, den Aachener Friedenspreis. Kazuo Soda weist in seiner Preisträgerrede Argumente zurück, die heutige Entwicklung von Atomwaffen würde Kriege vermeiden und kritisiert dabei auch Japan: „Man kann nicht darüber hinweg sehen, was gerade in Japan geschieht, das einen an die dunkle Zeit während des Kriegs erinnert. Es handelt sich um Geschichtsbücher für Schulen, die neu verfasst und durch unser Ministerium für Wissenschaft und Erziehung anerkannt wurden. In diesen Büchern wird der Eroberungskrieg gegen asiatische Länder verherrlicht und antinukleare Bewegungen in Frage gestellt. Wir sind in großer Sorge, dass unsere Geschichte verfälscht wird und unsere bitteren Erfahrungen mit Atomwaffen in Vergessenheit geraten. Man muss sich des Risikos bewusst sein, dass es neue Atombombenopfer geben wird, solange es atomare Waffen gibt.“ *Fotos: www.galerie-arbeiterfotoografie.de; hier sind auch alle Reden dokumentiert.*



Protestaktion gegen Schilys Gesetzesentwurf am 16. Sept. in Nürnberg

NÜRNBERG. Am 16. Sept. wird in Nürnberg der 4. Internationale Menschenrechtspreis an den emeritierten Bischof Samuel Ruiz Garcia aus Chiapas in Mexiko verliehen. Damit wird eine Person ausgezeichnet, „die sich in vorbildlicher Weise für die Wahrung der Menschenrechte einsetzt“, wie es im Festprogramm heißt. Nürnberg nennt sich seit dem Jahr 1995, dem 50. Jahrestag des Kriegsendes, „Stadt des Friedens und der Menschenrechte“. Beim Festakt werden auf Einladung der Stadt Justizministerin Hertha Däubler-Gmelin und Innenminister Otto Schily vertreten sein. Diese Nachricht hat in Nürnberg viele Menschen auf den Plan gerufen, die sich für Flüchtlinge und Menschenrechte engagieren. Schily will sich bei dem Festakt als hehrer Wächter der Menschenrechte aufspielen, während er gerade mit seinem neuen Gesetzesentwurf zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung die Unterteilung in „nützliche“ und „lästige“ Zuwanderer manifestiert. Abgesehen davon, dass die Behörden der Stadt im Alltagsdschungel von Asyl- und Ausländergesetz sehr häufig den Anspruch der Wahrung von Menschenrechten mit Füßen treten, wird die Einladung von Otto Schily von allen Einzelpersonen und Gruppen, die sich für Flüchtlinge und Menschenrechte einsetzen, als Affront gesehen. Das Nürnberger Bündnis „Aktiv für Menschenrechte“ und der Bundesfachverband UMF rufen deshalb bundesweit zu einer Mahnwache vor dem Ort der Preisverleihung auf. *Infos: 0911/7346061; bvf-umf@asylnetz.de*

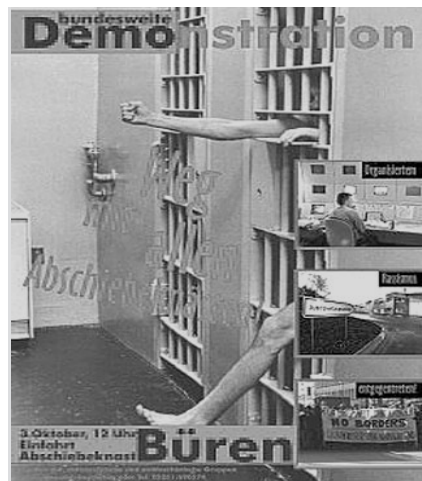
300 Roma demonstrieren gegen die drohende Abschiebung in Herne

HERNE-WANNE. Nach Beendigung des Flugembargos verhängte das Innenministerium NRW am 11. Juli einen Erlass zur Ausweisung jugoslawischer Flüchtlinge in ihre „Heimat“. Bis zum 30. September sollen die jugoslawischen Roma aus ihrem Lebensraum am „Zeichenring“ ausziehen bzw. aus Deutschland ausge-

wiesen werden. Davon betroffen sind mindestens 150 „geduldete“ (bereits abgelehnte Asylbewerber) Roma in Herne. Aus diesem Grund demonstrieren am 3. September 300 Roma und Unterstützer für ein Bleiberecht in Deutschland. Bei den Kundgebungsreden ging es besonders um die Situation der Kinder. In den 10–15 Jahren, die sie teilweise in Deutschland leben, haben sich schulische und nachbarschaftliche Freundschaften gebildet, die jetzt zu zerreißen drohen. Eine weitere Demonstration in Düsseldorf steht an. *www.indymedia.de*

Weg mit allen Abschiebeknästen! Demonstration am 3.10. in Buren

BÜREN. In Buren steht mit 560 Haftplätzen einer der größten Abschiebeknäste Westeuropas. Die Menschen, die hier eingesperrt sind, haben keine Verbrennen begeben. Im Gegenteil, die meisten von ihnen sind vor Bürgerkrieg, Armut, Folter und Mord aus ihrer Heimat geflohen. Der Aufruf von antirassistischen und antifaschistischen Gruppen kritisiert die herrschende Politik, die das Ziel hat „so wenig Flüchtlinge wie möglich in die BRD zu lassen, und die, die schon drin sind, abzuschrecken, um sie möglichst schnell wieder los zu werden.“ Die Forderungen der Demonstration lauten deshalb: Kein Mensch ist illegal – Bleiberecht überall!



Weg mit den rassistischen Sondergesetzen – Gleiche Rechte für alle! Grenzen auf!“ 3. Oktober ab 12 Uhr Einfahrt Abschiebeknäste Buren. *www.aha-bueren.de*

„deportation class“ – Wanderausstellung gegen Abschiebung

BERLIN. Noch bis zum 16. September ist die Ausstellung „deportation class – gegen das Geschäft mit Abschiebungen“ im Berliner Antikriegs-Museum, Brüsseler Str. 21, von 16–20 Uhr geöffnet. In Bochum, Halle, Hamburg, Köln und München war sie schon zu sehen. Im Zentrum stehen Plakate von Künstlern aus verschiedenen Städten und Texttafeln zu den Themen „Deportation Class, Kranich unterm Hakenkreuz, Abschiebung um jeden Preis, Internationale Allianzen gegen Fluggesellschaften, Zeigen Sie Zivilcourage, greifen Sie ein!“ des Netzwerks „kein mensch ist illegal“. Als nächstes geht die Ausstellung in die Städte Oberhausen (24.9.–1.10.) sowie Göttingen (8.10.–1.11.) und Leipzig (3.11.–16.11.).

Gegen repressive Drogenpolitik! Demonstration am 17. September

HAMBURG. Die alte Kriminalisierungs- und Verfolgungspolitik gegen KonsumentInnen illegalisierter Drogen und zumeist afrikanischer Kleindealer findet derzeit einen neuen traurigen Höhepunkt. Während einige Ansätze humaner und rationaler Drogenpolitik Anlass zur Hoffnung gaben, wird alle Jahre wieder im Wahlkampf die Keule ausgepackt. So sieht das neue „Handlungskonzept St. Georg“ verstärkten Polizei- und BGS-Einsatz, die Vergabe von Brechmitteln, vermehrte Videoüberwachung und weitere Hausrechtsübertragung für den Bahnhofsvorplatz auf die „Bahn AG“ vor. Beschäftigte von verschiedenen Berufen und Einrichtungen der Hamburger Drogenhilfe und Flüchtlingshilfeeinrichtungen sowie Mitglieder von antirassistischen und afrikanischen Organisationen rufen deshalb zur Demonstration am 17. September, ab 15 Uhr Bahnhof Sternschanze zum Hauptbahnhof auf. *lbh*

Aktionsbündnis SAGA hat nun Ruhe vor Bundesamt und Staatsanwalt

FREIBURG. „Da hat ein Mitarbeiter der Freiburger Außenstelle im Alleingang gehandelt, ohne unser Wissen und Zustimmung“, erklärte Marlene Kerpel vom Nürnberger Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge die Anzeige, die im Februar dieses Jahres wegen eines angeblichen Verstoßes gegen das Rechtsberatungsgesetz durch das Südbadische Aktionsbündnis gegen Abschiebungen (SAGA) eingelegt worden war. SAGA wurde vorgeworfen, mit einem „Notruftelefon“ und „Infocafé“ für Flüchtlinge und Migranten ohne entsprechende Erlaubnis „fremde Rechtsangelegenheiten geschäftsmäßig“ zu besorgen und damit gegen das Rechtsberatungsgesetz zu verstoßen. Auch die Staatsanwaltschaft wurde gegen SAGA aktiv, hat die Ermittlungen aber nun ebenfalls eingestellt. Allerdings steht die grundsätzliche Entscheidung über das umstrittene Rechtsberatungsgesetz von 1935 weiterhin aus. www.dir-info.de

„Lobbyarbeit für Lobbylose“ – Auszeichnung für Flüchtlingsrat

POTSDAM. Der Flüchtlingsrat Brandenburg ist am 7. September mit dem Julius-Rumpf-Preis der Albert-Niemöller-Stiftung ausgezeichnet worden. Der Preis ist mit 10.000 Mark dotiert. Bundestagspräsident Wolfgang Thierse hielt die Laudatio. Im Beitrag des Flüchtlingsrates wurde deutlich, dass eine intensive Auseinandersetzung mit staatlichem Rassismus stattfindet. Neben den üblichen Themen Sachleistungsprinzip, Versorgung, Beratung, Residenzpflicht usw. konnte auch aktuelle Politik zur Sprache gebracht werden: Denn akut sind zwei kosovo-albanische Familien aus Forst und Gruben, die seit 8 Jahren hier leben, von Abschiebung bedroht. Herr Thierse brachte die Nachricht, dass diese ausgesetzt sei. Ein weiterer Schwerpunkt der Beiträge der Betroffenen war das Zuwanderungskonzept von Schily. Thierse sagte das Übliche, durchaus Selbstkritisches. Allerdings war seine Kritik an der vom Flüchtlingsrat in einem Papier ausgedrückten „Kompromisslosigkeit“ überflüssig. Denn er scheint immer noch nicht begriffen zu haben, was in diesem Land den Flüchtlingen eigentlich angetan wird. Deswegen ist aus Sicht der Betroffenen die Kompromisslosigkeit nur allzu verständlich. de.indymedia.org

Initiative zur Rehabilitation der Opfer des „Kalten Krieges“

BOCHUM. Am 3.9.2001 hat sich im Bochumer Bahnhof Langendreer eine Initiative gegründet, die sich die Aufarbeitung der Repression in Bochum während des Kalten Krieges zur Aufgabe gemacht hat. Zunächst sollen die Erinnerungen von noch lebenden ZeitzeugInnen aufge-

zeichnet werden. In einem Buch soll dies zusammen mit Dokumenten und zusammenfassenden Beiträgen veröffentlicht werden. Das nächste Treffen der Initiative findet am 1. Oktober statt.

www.info.partisan.net

GEW fordert: Mehr Kompetenzen für Studierendenvertretungen!

SYLT. Am Rande der GEW-Sommerschule in Sylt entstand am 29.08.01 eine gemeinsame Presseerklärung des Bündnis für Politik- und Meinungsfreiheit mit der GEW. Diese erinnert an den Koalitionsvertrag von 1998, in dem sich die neue Regierung verpflichtet, die Verfasste Studierendenschaft abzusichern. „Es wird Zeit, die angekündigten Gesetzesvorhaben umzusetzen“, so Carmen Ludwig, Geschäftsführerin des Bündnisses und Carsten Peters, Mitglied des Koordinierungsausschusses, dem über 50 Studierendenvertretungen, Gewerkschaftsgruppen und SchülerInnenvertretungen angehören. „Die Verfasste Studierendenschaft muss bundesweit eingeführt und mit einem klaren Kompetenzrahmen ausgestattet werden, um vor politisch motivierten Klagen geschützt zu sein“, führen Ludwig und Peters von der GEW aus. Im Verlauf der letzten Jahre hatte eine Klagewelle rechtsorientierter Studierender die ASten in verschiedenen Bundesländern in ihrem Tätigkeitsfeld teilweise erheblich eingeschränkt. So war dem AStA der Uni Münster die Durchführung einer Gesprächsreihe mit ehemaligen KZ-Häftlingen untersagt worden oder dem AStA der FU Berlin die Organisation von öffentlichen Diskussions- und Bildungsveranstaltungen zu den Ursachen von Rassismus.

www.studis.de/pm

Darf die Polizei Buttons beschlagnahmen, weil das Impressum fehlt?

MÜNCHEN. Am 20. August antwortete OB Christian Ude auf eine Stadtratsanfrage der ÖDP zur Button-Affäre mit der Bekanntgabe seines Schriftwechsels. Darin kann man lesen: Bei der Demonstration der Aktion „München bewegt sich!“ am 17. Juni 2001, die wetterbedingt in den geschlossenen Räumen der Elserhalle und des Tollwood-Festivals stattfinden musste, sind 3 Buttons vom Dezernat 14 des Polizeipräsidiums München beschlagnahmt worden, darunter der Button „Wissen statt Hassen – Münchner Stadtbibliothek für Zivilcourage und Menschlichkeit“, auf den beiden anderen Buttons stand „Stoppt Rassismus“ und „München bewegt sich – eine Stadt gegen rechte Gewalt“. Begründet wurde dies damit, dass das Impressum fehle. OB Ude schrieb daraufhin an den Polizeipräsidenten: „Nun besitze ich privat eine Sammlung von einigen hundert Buttons, darunter von der Münchner Polizei, dem Freistaat Bayern, der CSU wie der SPD, verschiedenster Kommunen, Be-



hörden und städtischen Dienststellen sowie städtisch geförderter Aktionen – auf keinem einzigen befindet sich ein Impressum. Mich würde deshalb schon interessieren, ob in all diesen Fällen, auch wegen Verstoßes gegen das Bayerische Pressegesetz ermittelt wird und mit Beschlagnahmungen zu rechnen ist und ob die Münchner Polizei neuerdings bei jeder Beschriftung eines Gegenstandes davon ausgeht, dass es sich um ein Druckwerk im Sinne des Pressegesetzes handle. (In diesem Fall müssten auch Jacken mit der Aufschrift „Polizei“ mit einem Impressum versehen sein!)“

Der Polizeipräsident bestätigte zwei Wochen später die Beschlagnahmung gem Art. 15 Abs. 2 Bay-PrG und schob dem OB den Schwarzen Peter zu: „Nun besteht im Rahmen der Verfolgung einer Ordnungswidrigkeit ein Ermessensspielraum, so dass man durchaus diskutieren kann, bei welcher Sachlage ein Einschreiten geboten ist und wann andererseits noch „ein Auge zugedrückt“ werden kann. Diesen Ermessensspielraum möchte ich den Beamten auch einräumen, damit sie situationsangepasst handeln können. Ob und wie der (sicherlich nicht sehr schwerwiegende) Rechtsverstoß zu ahnden ist, liegt letztlich in der Hand des hierfür zuständigen Kreisverwaltungsreferats.“

So aufgefordert, selbst zu handeln, war der OB anscheinend erstmal sprachlos, denn zwischen der Antwort der Polizei und der OB-Antwort auf die ÖDP-Anfrage liegen vier Wochen. In dieser Zeit wäre genug Zeit gewesen, mit seinem Kreisverwaltungsreferenten eine Korrektur zu entwickeln. Oder ist die vielleicht generell gar nicht erwünscht? *lbm*

Solidaritätsdemonstration für Hannes Heine am 21. September

BERLIN. Hannes Heine wurde am 15. Juni beim Protest gegen die arbeitnehmerfeindliche Politik des EU-Gipfels in Göteborg verhaftet und dort zu 14 Monaten Gefängnis verurteilt. Nachdem der Vorsitzende Richter aus Mangel an Beweisen auf Freispruch plädierte, wurde dieses harte Urteil dennoch durch das Mehrheitsvotum der Schöffen durchgesetzt. Die DGB-Jugend, Mitglieder von ver.di und IG Metall sind von der Unschuld Heines überzeugt und rufen auf zur Demo vor der schwedischen Botschaft, 3 Tage vor der Berufungsverhandlung am 24.9.



Kontrollratsgesetze bremsen Neonazis in Köln

Naziaufmärsche müssen leichter verboten werden können!

KÖLN. Mit einem verbotenen Naziaufmarsch lässt es sich für die Gegendemonstranten natürlich leichter demonstrieren. Diese Erfahrungen machten 3000 Kölnerinnen und Kölner am 8. September. Neonazis hatten eine Demonstration unter der Losung „Mein Freund ist Ausländer – Solidarität mit Gerhard Lauck“ angemeldet. Lauck ist Vorsitzender der NSDAP/AO, lebt in der USA und ist vor Jahren in Hamburg wegen Holocaust-Leugnung verurteilt und abgeschoben worden. Ein Kölner PDS-Ratsmitglied stellte Strafanzeige gegen die Veranstalter. Ein Sprecher des NRW-Innenministeriums äußerte sich in eine großen Kölner Tageszeitung in ähnliche Richtung und forderte die Kölner Polizei auf, den Aufmarsch zu verbieten. Dies geschah dann auch, u.a. mit einem Hinweis auf die Alliierten Kontrollratsgesetze, wie aus Kreisen der Kölner Polizei zu hören war. Nachdem die Neonazis Rechtsmittel einlegten, bestätigte das Verwaltungsgericht Köln das Verbot wegen Verstößen gegen § 130, 86 und 86a des Strafgesetzbuches: „Der Veranstalter habe zu der Demonstration u.a. mittels eines Flugblattes mit einem Bild des amerikanischen Staatsangehörigen Gerhard Lauck aufgerufen, welches dem Abbild Adolf Hitlers täuschend ähnliche sehe. Die Verwendung eines derartigen Abbildes sei aber nach § 86a des Strafgesetzbuches verboten. Außerdem sei die Kammer mit Blick auf die Erklärungen des Veranstalters im gerichtlichen Erörterungstermin davon überzeugt, dass es bei der geplanten Veranstaltung nicht – wie behauptet – um Meinungsfreiheit für Gerhard Lauck, den Begründer des

NSDAP/AO gehe, sondern in Wahrheit um die Propagierung nationalsozialistischer Ideen. Mildere Mittel als das Verbot der Veranstaltung seien nicht in Betracht gekommen.“¹ Gegen diese Entscheidung legten die Neonazis dann keine Rechtsmittel mehr ein, weil ihre Chance wohl gering gewesen wäre. Der unmittelbare Bezug über den platten Begriff „Solidarität mit“ war zu eindeutig. Ein kleiner Erfolg für die Antifa-Bewegung in Köln.

Da bundesweit die Losungen der Neonazis für ihre Demonstrationen selten so offen sind, werden zur Zeit eher wieder weniger Demonstrationen verboten. Erinnert sei z.B. an Wunsiedel. Nach 10 Jahren Demonstrationsverbot, konnten die Nazis erstmals wieder ungestört Rudolf Heß „gedenken“.

Insofern bleibt eine Änderung des Strafgesetzbuches, so wie sie die PDS-Bundestagsfraktion Anfang des Jahres in den Deutschen Bundestag eingebracht hat² weiter aktuell. Ein Verbot der NPD alleine wird keine Änderung bewirken.

jöd

Quellenhinweis: (1) Pressemitteilung des Verwaltungsgerichtes Köln, vom 3.9.2001, (2) Bundestagsdrucksache 14/3309



Am Antikriegstag:

Greifswald setzte sich in den Weg – NPD-Demo wurde gestoppt

GREIFSWALD. Dieser 1. September lief sicher nicht ganz so nach dem Geschmack von Spiegelmacher & Co. Den Verlauf und das Ende ihrer „Friedensdemo“ hatten sich die Germanenkriegler sicher anders vorgestellt. Nicht nur, daß sich bloß rund 130 Friedensengelchen in den eigenen Reihen finden ließen. Nein, diesmal gelang es tatsächlich, sich den Nazis in den Weg zu stellen und sie ihnen nicht zu ermöglichen, ihre geplante Route zu Ende zu führen. Ein Erfolg, der im Rückblick auf die Ereignisse am 14. Januar und die jetzigen Schwierigkeiten, wirksamen Protest gegen die NPD zu organisieren, schon ein wenig unheimlich anmutet. Jedoch ein Erfolg mit einigen Wermutstropfen.

Einen günstigen Aufmarschtermin hatte sich die NPD ja ausgesucht. Semesterferien, Gegenprotestvorbereitungen fielen mitten ins Sommerloch. Und in der Tat, nur wenig sah im Vorfeld nach einem Gelingen der Proteste aus. Daß sich die Zahl von 7000 sicher nicht erreichen ließe, war bereits im Vorfeld klar. Doch würde sich überhaupt eine wirkungsvolle Anzahl an GreifswalderInnen und Greifswaldern an den Protesten beteiligen? Schließlich ist es ja auch Konzept der NPD durch immer wiederkehrende Aufmärsche einen Abnutzungseffekt in der Protestbewegung zu erzielen. Sicher, die Zahl von 7000 wurde nicht erreicht, dafür war das Engagement diesmal wesentlich wirkungsvoller. Bereits um halb zehn waren die ersten auf den Beinen, um am Mahnmal der Opfer des Faschismus Kränze niederzulegen. Dies war der Freitagrunde als Anmelder auf Anweisung des Innenministeriums noch am Vortag verboten worden. Das Verwaltungsgericht hatte jedoch nach Intervention der VeranstalterInnen das Verbot aufgehoben, so daß sich rund 150 Menschen morgens auf dem Wall einfanden (mit dabei übrigens auch ein Fotograf der Nazis, der jedoch des Platzes verwiesen wurde. Wir werden später darauf noch eingehen, da dieser Mann auch später während der Blockade fotografierte). An ein Betreten der Bahnhofstraße war bereits zu dieser Zeit nicht mehr zu denken. Die Polizei hatte alle Zufahrtswege abgesperrt und ließ nur Anwohner passieren.

Nach der Kranzniederlegung auf dem Wall und dem Gottesdienst auf dem Greifswalder Marktplatz fanden sich dort rund zwei- bis dreitausend Menschen zur großen Kundgebung zusammen. Nach Beendigung der Kundgebung auf dem Markt erklärten verschiedene Menschen, sie würden nun das Motto „Greifswald stellt sich in den Weg“ wörtlich nehmen und zivilen Ungehorsam

leisten, indem sie den Nazis durch eine Sitzblockade den Weitermarsch verwehren würden. Einige Hundert taten es ihnen gleich und zogen durch den Schuhagen Richtung Europakreuzung. Dort war bereits ein großes Polizeiaufgebot aufgeföhren, welches den Zugang zum Kreuzungsbereich von allen Seiten abriegelte. Einige PolizeibeamtInnen stellten bereits hier unter Beweis, daß sie aus den Ereignissen am 14. Januar in Greifswald und der darauffolgenden Kritik an ihrem damaligen Vorgehen nicht viel gelernt haben. Auch wenn sich der Großteil der eingesetzten BeamtInnen absolut korrekt und fair verhielt, traf das auf einige hier und später überhaupt nicht zu, z.B. die an der teilweisen Räumung einer Sitzblockade beteiligten BeamtInnen. Ein Beamter war seinem Auftreten nach offensichtlich angetrunken. Es ist wirklich die Frage, warum es immer wieder PolizistInnen gibt, die sofort und ohne Vorwarnung hart und mit Gewalt gegen friedliche ProtestiererInnen nicht der Situation entsprechend reagieren und warum immer wieder PressevertreterInnen durch einzelne Beamte behindert werden. Fraglich ist auch, warum die eigens organisierten und deutlich gekennzeichneten SanitäterInnen, die die Proteste und Sitzblockaden begleiteten und von deren Existenz die Polizei eigentlich wissen sollte, oft nicht durchgelassen wurden.

Der ganze Bereich der Europakreuzung



war abgesperrt und für die NPD freigeräumt. Einigen GegendemonstrantInnen war es jedoch gelungen, in die Anklamer Straße zu gelangen und sich dort auf die Straße zu setzen. Ehe die Polizei die Situation überhaupt erfassen konnte, wuchs die Zahl der BlockiererInnen schnell an, die über Schleichwege die Abriegelung der Polizei umgehen konnten. Auch an anderen Stellen in diesem Bereich setzten sich Menschen auf die Straße, oft auch ältere PassantInnen, die spontan ihr Rad auf die Straße legten und sich daneben setzten. Auch hier war das Vorgehen der Polizei sehr unterschiedlich. Während ein Zugführer ruhig und entspannt auf die PotestiererInnen einredete und seine KollegInnen überlegt und ohne übermäßige Härte die DemonstrantInnen wegtrugen, zerrten nur wenige Meter entfernt einige Beamte sinnlos an den Sitzenden herum. Ihr Verhalten wirkte ähnlich wie am 14. Januar un-



beherrscht und unprofessionell. Auf Videoaufnahmen ist zum Beispiel deutlich zu sehen, wie ein Beamter einen Demonstranten mit Hilfe seines unter den Hals desjenigen geklemmten Schlagstocks über den Asphalt von der Straße zieht.

Die Zahl der Leute, die sich auf der Straße niedergelassen hatten, war nun aber bereits so stark angewachsen, daß die Polizei es aufgab, Sitzblockaden zu verhindern. Gut 200 bis 300 Menschen machten ein Durchkommen der Nazis unmöglich. Nun begann die Zeit des Wartens auf das weitere Vorgehen der Polizei. Es wurde gesungen, Gitarre gespielt, ältere Passanten kauften Wasserflaschen und verteilten sie an die Sitzenden und eine Gruppe bunt Verkleideter versorgte die Sitzblockade unter dem Motto „Friede-Freude-Eierkuchen“ mit selbigen.

Nach einiger Zeit knackte es in den Lautsprechern der Polizei und die Stimme eines Polizeiverantwortlichen erklär-

„Dies alles kann unserer Entlastung dienen“ – Eindrücke einer Gruselveranstaltung

Der nachfolgende Bericht (Auszüge) belegt, dass die REP, in München Stadtratspartei, offen Antisemitismus kultivieren.

MÜNCHEN. Der große Saal der Gaststätte Palles Athene im Münchner Vorort Neuperlach war gut gefüllt, wohl so um die 150 bis 180 Personen, davon die Mehrzahl Männer im Rentenalter, aber auch etliche jüngere Männer Mitte zwanzig. Die Republikaner hatten zu einer Veranstaltung unter dem Titel „Zwangsarbeiterentschädigung – Sühne oder Erpressung“ eingeladen. Die „Informationsrunde“ wurde eröffnet durch Stadtrat U. Echlter, der zwei Schlagrichtungen gleich offenlegte. Zum einen kritisierte er, dass es bei der Zahlungssumme auf einmal um eine halbe Millionen Mark mehr gehe, als bei Beginn der Debatte. Zum anderen, und das war der Schwerpunkt seiner Argumentation, müsse auch über das Unrecht anderer Länder gesprochen werden. Er nahm dabei Bezug auf die Anti-Rassismus, die momentan in Durban stattfinden. Dort kehre die „Entschädigungs-ideologie zu ihren Erfindern zurück“. Damit meine er in erster Linie die USA. Diese seien es gewesen, die den größten Druck ausgeübt haben. Hauptsächlich weil sie von jüdischen Organisationen dazu gedrängt worden seien. (...) Er kritisierte noch persönlich einen Hr. Eisenstedt, der als Staatssekretär nur für die Vertretung jüdischer Interessen zuständig sei, und verglich seine Funktion mit der Vorstellung, dass in Deutschland ein

„Kuriernkardinal nur Vatikanspolitik“ in Regierungsfunktion vertrete.

Im zweiten Redebeitrag verstärkte ein Chr. Hornig die antijüdische Tendenz der Argumentation, indem er sich des Mittels der Buchrezension bediente. Er stellte einige Thesen aus Finkelsteins Buch „Die Holocaust-Industrie“ vor. Er berief sich in erster Linie auf Finkelsteins Aussage, dass es bei der Diskussion, nicht um „Gerechtigkeit, sondern ums Geld“ gehe. Hornig führte in einem sehr durcheinandergehenden Vortrag zu erst einige andere jüdische Autoren ins Feld, die angeblich darlegen, dass zum einen bei „den Ausschreitungen gegen Juden nur eine Minderheit“, der deutschen Bevölkerung beteiligt gewesen sei, und die wohl auch „jüdische Täter“ nennen würden. Ein Beispiel für die Zustände in diesem Lande, für die „nicht intakte Demokratie“ sei es, dass Finkelsteins Buch vom Piper-Verlag nicht verlegt worden wäre, wenn dieser deutscher Staatsbürger wäre. Dann ging er vorgeblich (ich habe das Buch nicht gelesen) auf den Inhalt des Buches ein: Der Holocaust sei erst 1973 in den USA auf die „Tagesordnung gekommen“ als Rechtfertigung während des Krieges Israels gegen Ägypten. Der Jewish World Congress sei nur ein Geldentreiber. Man müsse, hier wieder Orginal Hornig, auf die „wilde orientalische

Wurzel der Judenheit hinweisen“, da diese „Märchen aus 1001 Nacht“ erzählen würden. Im 3. Kapitel von Finkelsteins Buch würden die jüdischen Organisationen „gebrandmarkt“, da sie z.B. die Entschädigungen nicht vollständig auszahlten, wie etwa im Falle der Jüdin Gisela Weishaus. Sie hätten außerdem eine ungeheure Macht, was man etwa daran sehe, dass die Schweiz auf juristisch schwierige Zahlungsforderungen voll eingegangen sei. Des weiteren bezog Hornig sich positiv auf eine Art „Komparatistik“, die „uns entlasten könnte“, wo er etwa die Verbrechen der Türken gegen die Armenier und vor allem der USA gegen die „Farbigen“, die Indianer oder auch in Vietnam („Minh Lai, oder wie das hieß“) aufführe. Er erwähne, dass ca. 6–8 Millionen „Negersklaven“ in die USA verschleppt worden seien, hauptsächlich von Händlern, die Namen getragen hätten, „wie Levinson, Adamson oder Isaakson ...“ Hornig führte dies zurück auf das jüdische Selbstverständnis, der „Verinnerlichung des Talmuds“, in welchem es heiße, dass „eine Israelitin keiner Kaa-niterin Geburtshilfe leisten darf“ und Ähnliches. Er wies darauf hin, dass in Auschwitz „nur 40% Juden“ gewesen seien. Er wiederholte zum Schluss, dass dies alles unserer (also der deutschen) Entlastung dienen könne. J.K.



→ te, daß die Polizei nicht vor hätte, den Bereich Anklamer Straße mit Zwangsmitteln zu räumen und einen Kompromiß vorschläge, um den Charakter des friedlichen Protests beizubehalten. Die Sitzblockade wird aufgelöst und die DemonstrantInnen ziehen sich hinter die Kreuzung Anklamer Str./Beimlerstr. zurück, damit die NPD in die Beimlerstr. umgelenkt werden kann. Im Gegenzug versichert die Polizei, daß die NPD direkt und sofort zu ihrem Abfahrtsort Südbahnhof zieht und von dort die Abfahrtszüge besteigt. Auf die Aussage der Polizei vertrauend, die Nazis würden jetzt zum Südbahnhof laufen und von dort dahin verschwinden, von wo sie gekommen sind, willigten die Meisten ein, erhoben sich und räumten den Kreuzungsbereich. Die NPD konnte daraufhin unter lautstarkem Protest ihrer GegnerInnen in die Beimlerstr. ziehen. Dorthin wurde sie

nicht nur von Polizei, sondern auch von vielen GegendemonstrantInnen begleitet und die nervliche Anspannung war den Nazis deutlich anzusehen. So mußten die NPD-Ordner ihre Kameraden sehr in Schach halten.

Am Südbahnhof wurde dann klar, daß es die Polizei mit ihrem Versprechen, die Nazis sofort und direkt zum Abfahrtsort Südbahnhof zu bringen, damit sie die Stadt wieder verlassen können, nicht sehr ernst meinte. Die NPD konnte auf einer Wiese noch in aller Ruhe ihre Endkundgebung abhalten. Das nennt mensch gemein hin „übern Tisch gezogen“ oder auch „übers Ohr gehauen“. Zu recht kamen sich die Menschen, die ihre große und druckvolle Sitzblockade für ein Versprechen der Polizei aufgegeben hatten, richtiggehend „verarscht“ vor.

Text sowie Bilder und Videos unter www.like-deeler-online.de/

Kiel: NPD-Landesvorsitzender sucht aktive Antifaschistin zu Hause auf und verletzt unbeteiligten Nachbarn

Neonazi-Gewalt erreicht neue Qualität

KIEL. Der NPD-Kreisverband Kiel-Plön führte am Samstag, den 25. August 2001 im Kieler Stadtteil Mettenhof eine Flugblattverteilaktion durch. Gegen 10 Uhr bauten sie hierfür auf dem Kurt-Schumacher-Platz einen so genannten Informationsstand auf und versuchten ca. zwei Stunden lang, ihre rassistischen und menschenverachtenden Pamphlete an die Mettenhofer Bevölkerung zu verteilen. Allerdings stießen sie dabei auf eher geringes Interesse seitens der dort einkaufenden Menschen. Da die Neonazis in den vergangenen Monaten bei ähnlichen Aktionen in der Kieler Innenstadt fast immer mit protestierenden AntifaschistInnen konfrontiert wurden, und die Nazis dabei meist den Kürzeren zogen und flüchten mussten, waren sie diesmal besser vorbereitet. Während einige Nazis äußerst zögerlich versuchten, ihre Flugblätter zu verteilen, postierte sich der weitaus größere Teil der insgesamt ca. 15-20 Nazis in den umliegenden Straßen, um die Propagandaaktion abzusichern.

Nach knapp zwei Stunden brachen die Neonazis ihre Aktion sichtlich gelangweilt ab, da sich kaum jemand für ihre Hetzschriften zu interessieren schien. Mittlerweile hatten sich einige MettenhoferInnen am Kurt-Schumacher-Platz eingefunden, um die Nazis zum Abbruch ihres NPD-Standes zu bewegen. Als die Nazis, die gerade mit dem Einpacken ihres Materials beschäftigt waren, die Mettenhofer Jugendlichen erblickten, sprangen sie hektisch in ihre Fahrzeuge und rasten davon. Dies konnte jedoch nur unter lautstarkem Protest stattfinden. Wenig später ließ der Landesvorsitzende der NPD, Peter Borchert, seiner offensichtlich entstandenen Wut über das jähe Ende der Propagandaaktion freien Lauf und warf –während der Rotphase an einer Ampel – willkürlich die Heckscheibe eines neben ihm wartenden Autos mit einem größeren Gegenstand ein und flüchtete. Durch einen glücklichen Zufall wurde keiner der PKW-Insassen oder der nachfolgenden Autos verletzt; die Insas-

sen des geschädigten PKW erstatteten daraufhin Anzeige gegen Borchert.

(...) Nachdem die Neonazis aus Mettenhof verschwunden waren, tauchten zwei von ihnen vor dem Haus einer dort wohnenden aktiven Antifaschistin auf und wohlwissend, dass sie zu diesem Zeitpunkt nicht zuhause war, betraten sie das Haus und brachten so den vollständigen Namen der Person in Erfahrung. Zufälligerweise trafen sie im Treppenhof auf einen Nachbarn, der gerade im Begriff war, das Haus zu verlassen. Sich wohl auf frischer Tat ertappt fühlend, folgten sie dem Mann auf die Straße und Peter Borchert schlug ihm unvermittelt ins Gesicht. Von Nachteil für die Nazis war jedoch, dass diese Szene auch von einer Person beobachtet wurde, die umgehend die Polizei verständigte und sich als Zeuge zur Verfügung stellte.

Borchert, der Anfang des Jahres wegen des Besuchs einer Kieler Diskothek mit einer geladenen Waffe zu einer einjährigen Haftstrafe (auf drei Jahre zur Bewährung ausgesetzt) verurteilt wurde, war seitdem mehrfach an gewaltsamen Übergriffen auf AntifaschistInnen und anderen einschlägigen Delikten mit neonazistischem Hintergrund beteiligt. Allein am 25. August wurden mindestens zwei Anzeigen gegen ihn erstattet. Bleibt abzuwarten, wie lange Borchert und Seinesgleichen noch ihren Terror gegen Andersdenkende oder nicht in ihr Weltbild Passende ausüben können, ohne auch nur irgendwie dafür belangt zu werden. Zwar zeigt dies, dass die Kieler bzw. Schleswig-Holsteiner Naziszene bereit ist, auf Methoden des individuellen Terrors zurückzugreifen, nichts desto trotz ist dies kein Grund für Antifaschistinnen, nicht auch weiterhin gegen die Aktivitäten der Neonazis in Kiel und anderswo Widerstand zu leisten. Wir werden weiterhin dafür sorgen, dass Nazis – jeglicher Couleur – der Raum für ihre faschistische und rassistische Propaganda und Aktivitäten genommen wird. Dies kann auf Dauer aber nur dann erfolgreich sein, wenn sich möglichst viele Menschen nachhaltig am Widerstand gegen Faschismus und Rechtsextremismus beteiligen.

(Pressemitteilung Enough is Enough)

Aus: LinX – Sozialistische Zeitung für Kiel, 18/01

REP-Parteitag findet vorerst nicht statt!

Der für Mainz geplante REP-Parteitag findet
offenbar vorerst nicht statt!

MAINZ. Der für den 27. und 28. Oktober angekündigte REPublikaner-Bundesparteitag in Mainz findet offenbar nicht statt. Laut einer Pressemitteilung der Stadtratsfraktion der REP Mainz kann der Parteitag aufgrund fehlender finanzieller und personeller Ressourcen wegen der vorgezogenen Wahlen zum Abgeordnetenhaus in Berlin nicht stattfinden.

Diese Information verbreiteten die REP ebenso in ihrer Mitgliederzeitschrift „Der Republikaner“. Bisher wird allerdings nur von einer Verschiebung gesprochen. Dem Congress Centrum Mainz liegt aber für den laut der Pressemitteilung angedachten Februar nächsten Jahres bisher keine Anmeldung der REP für die Rheingoldhalle vor. Es ist daher also fraglich, ob der Parteitag überhaupt in Mainz stattfinden wird. Allerdings ist weiterhin Vorsicht geboten, da die Congress Centrum Mainz offenbar nicht verhindern kann, dass eine solche Veranstaltung in ihren Räumlichkeiten stattfindet.

Das zivilgesellschaftliche Gelbe-Hand-Bündnis aus DGB, PDS, Grünen, Flüchtlingsrat etc. hatte zu einer Demonstration gegen den Parteitag aufgerufen. Die Antifa Mayence rief zu einem bundesweiten Antifa-Block auf der Demo unter dem Motto „Kein Frieden mit Deutschland!“ auf. Ziel war es nicht nur, die „rechtsextremen“ REP anzugreifen, sondern vor allem die deutsche „Mitte“. Diese ist nämlich deutlich erfolgreicher bei der Durchsetzung reaktionärer Positionen und Politik als die eindeutig „Rechtsextremen“. Die neue deutsche Großmachtpolitik manifestiert sich gerade erst wieder beim Einsatz der Bundeswehr in Mazedonien. Diese Großmachtpolitik wird begleitet von einer Relativierung und Nutzbarmachung der deutschen Verbrechen. Aber auch die momentane Einwanderungsdebatte, die die Einrichtung neuer für die Wirtschaft sinnvoller Migrationsregulierungen mit restriktiveren Asylregelungen verbindet, sowie die momentane Debatte um den Zwang zur Lohnarbeit sind Ausdrücke der reaktionären Politik der deutschen „Mitte“. Deshalb war es für uns wichtig vor allem gegen diese zu demonstrieren, zumal im Hinblick auf den in Mainz stattfindenden Nationalfeiertag 3. Oktober.

Der nächste Bundesparteitag der REP wird wahrscheinlich die Weichen stellen für den weiteren Werdegang der immer noch größten explizit rassistischen und nationalistischen Partei in der BRD. Darin und in den damit verbundenen Querelen sind wahrscheinlich auch die wahren Gründe für die Verschiebung des Parteitages zu suchen.

www.antifa-mayence.de

Verdacht auf Volksverhetzung. BRANDENBURG, HAVEL. Die Kriminalpolizei ermittelt gegen ein Mitglied des Stadtparlaments von Brandenburg/Havel wegen des Verdachts der Volksverhetzung. Der Stadtverordnete Dieter H. soll Ende Juni auf einer Geburtstagsfeier mit rechts-extremistischen Parolen den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit, diffamiert haben. Laut Polizeimeldung sagte H., „was den Bürgermeister von Berlin angeht, da muss ich dem Hitler Recht geben“. Es sei richtig gewesen, dass Hitler Homosexuelle „durch die Gaskammer gejagt hat“. H. wird auch mit den Worten zitiert, es sei „pervers, dass so einer Bürgermeister wird“. Der Vorfall wurde der Potsdamer Kripo erst Anfang August bekannt. Die Polizei wollte der Öffentlichkeit nichts mitteilen. In der Meldung des Lagedienstes heißt es, „aufgrund der Persönlichkeit und der gesellschaftlichen Stellung des Herrn H. ist der Sachverhalt nicht pressefrei“.

www.lsvd.de/presse

Deckert will Kandidatur durchsetzen. NÜRNBERG. Der frühere Chef der NPD, Günter Deckert, will seine Zulassung als Oberbürgermeister-Kandidat in der Stadt Nürnberg notfalls gerichtlich erstreiten. Deckert ließ am 4. September in einer Anzeige der örtlichen „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ mitteilen, dass er an seiner Kandidatur festhält und notfalls gegen eine Ablehnung klagen werde. Die Wahl findet im März 2002 statt. Die Stadt hatte in der Woche zuvor durchblicken lassen, dass sie Deckert nicht als Kandidaten zulassen will. Sie begründet das damit, dass er in den 80er Jahren in Baden-Württemberg wegen „mangelnder Distanzierung vom Rechtsradikalismus“ als beamteter Lehrer entlassen wurde. Deckert erklärte dazu, seine Entlassung gehe auf den Radikalerlass der früheren Regierung von Bundeskanzler Willy Brandt zurück. Der Europäische Gerichtshof habe diesen Erlass am Beispiel einer linksgerichteten Lehrerin mittlerweile für sittenwidrig erklärt.

Newsbote 4.09.01

Nazis sammeln sich zur OB-Kandidatur. AUGSBURG. Aus dem Lager der offenkundig zerstrittenen rechtsextremen Parteien wollen zur Wahl im März 2002 gleich zwei OB-Kandidaten antreten: Ex-Stadtrat Anton Steinböck hat bei den Republikanern (Rep) seine Bereitschaft zur Bewerbung bereits erklärt, die formelle Nominierung des Kreisvorsitzenden steht noch aus. Manfred Saur, früherer Rep-Vorsitzender, ist Kandidat des neu gegründeten Wahlbündnisses „Augsburger Bündnis – Nationale Opposition“. Ziel ist laut Presseerklärung eine Kooperation von Rep, NPD und DVU. Von dem Bündnis haben sich die Rep jedoch distanziert: Gegen Saur und andere Rep-Mitglieder seien Parteiausschluss-Verfahren eingeleitet worden, so Steinböck.

Für die Republikaner komme keine Zusammenarbeit mit NPD oder DVU in Frage. Die Rep erhielten bei den letzten Wahlen 1996 2,8%/OB 1,8% (1990 10%/OB 6,2%). Der einzige Rep-Stadtrat verließ 1998 die Reps und trat in die FBU-Fraktion ein.

Augsburger Allgemeine Zeitung, 7.09.01

Wehrmachtsausstellung abgelehnt. WIESBADEN. Ende August stimmten CDU-, FDP und Rep-Fraktion gemeinsam dagegen, dass eine Wehrmachtsausstellung in städtischen Räumen gezeigt werden soll. Die *Junge Welt* fragte in einem Interview am 4. September Hartmut Borer, Stadtverordneter der Linken Liste (LiLi): „1998 hatte die Rep-Fraktion schon einmal versucht, mit einem Antrag die Präsentation der Wanderausstellung zu verhindern. Damals wurde der Antrag zurückgewiesen. Hat sich inzwischen das gesellschaftliche Klima so verändert, dass solche Positionen mehrheitsfähig geworden sind?“ LiLi: „Verändert haben sich die Mehrheitsverhältnisse in Wiesbaden. Solange SPD und B90/Die Grünen eine Mehrheit im Stadtparlament hatten, hat die CDU in einer Reihe von Punkten andere Auffassungen vertreten. CDU und FDP sehen jetzt die Möglichkeit, zusammen mit neofaschistischen Kräften eigene Positionen mit Mehrheit durchzusetzen, ohne auf SPD, B 90/Die Grünen oder die Linke Liste Rücksicht nehmen zu müssen. Durch den jüngsten Krieg gegen Jugoslawien ist sicher auch so manchem nicht wohl dabei, sich mit Verbrechen deutscher Wehrmachtssoldaten auf dem Balkan beschäftigen zu sollen.“

jw, 4.09.01

Gelder für Projekte gegen rechts. BERLIN. Initiativen und Projekte können noch Fördergelder auch für dieses Jahr für Projekte gegen rechts beantragen. Das mit 10 Mio. DM ausgestattete Programm CIVITAS ist noch nicht ausgeschöpft. Dabei werden vor allem kleinere Vereine und Initiativen gefördert. Die Antragstellung ist unproblematisch und wird durch die Antonio-Amadeo-Stiftung und die Stiftung Demokratische Jugend begleitet. Auch wenn die Projekt-mittel für Opferberatung und Mobile Beratungsteams ausgeschöpft sind, stehen gerade für lokale Initiativen und Projekten noch Gelder bereit. Ohne die Initiativen von engagierten Jugendlichen und Erwachsenen vor Ort, ohne zivilgesellschaftliche Partner und Partnerinnen, kann professionelle Beratung nicht nachhaltig wirken und Fuß fassen. Deshalb werden Initiativen und Projekte unterstützt, die das demokratische Gemeinwesen fördern und die Verantwortlichkeit im Kampf gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus entwickeln und stärken.

www.kommunale-info.de
Zusammenstellung: baf

VW-Modell „5000 x 5000“: Arbeiten ohne Ende?

Von Tom Adler

Mitte letzter Woche einigten sich die IG Metall und der Vorstand von VW auf einen Tarifvertrag über die Bedingungen der Produktion eines neuen Minivan in Wolfsburg, ein Thema, das seit Monaten als Projekt „5000 x 5000“ Furore macht. Als „wegweisend“ bezeichnete Bundeskanzler Gerhard Schröder die Einigung, „andere Unternehmen und Gewerkschaften sind nun aufgefordert, dem Beispiel zu folgen“. Die Empfehlung dieses Modells durch den Auto-Kanzler stößt unter GewerkschafterInnen jedoch nicht einhellig auf Zustimmung. Führt es doch, verglichen mit den Standards in den anderen deutschen VW-Werken, zu deutlichen Lohnsenkungen, Arbeitszeitverlängerung und einer Institutionalisierung von „management by stress“ in der neu gegründeten Auto 5000 GmbH.

Ende Juni schienen die Positionen noch unüberbrückbar zu sein; IG Metall und VW-Vorstand erklärten damals die Verhandlungen über das Projekt, bei dem 5000 Arbeitslose für 5000 Mark im Monat eingestellt werden sollen, für gescheitert. Die öffentlichen Reaktionen waren heftig. Politik und Medien schimpften im Namen von Zehntausenden Arbeitslosen über die angebliche Blockade durch den Vorstand der IG Metall, namentlich Klaus Zwickel, und auch der VW-Gesamtbetriebsratsvorsitzende Klaus Volkert schimpfte mit. Nur Arbeitsloseninitiativen unterstützten die gewerkschaftliche Position und wiesen die Instrumentalisierung der Erwerbslosen zum Tarifdumping zurück.

Unmittelbar nach dem Scheitern der Verhandlungen signalisierten der Gesamtbetriebsrat und die VW-Personaldirektion, dass diese „Bewährungsprobe der besonderen Mitbestimmung bei Volkswagen“ gegebenenfalls aus eigener Kraft zu bestehen sei. Von Medien, Kanzler und VW-Betriebsrat derart in die Zange genommen, stellte die IG Metall eine Wiederaufnahme der Verhandlungen in Aussicht. Damit war eines klar: Für diese zweite Runde hatten sich die Verhandlungsführer der Gewerkschaft selbst zum erfolgreichen Abschluss verdammt – was auch immer unter „erfolgreich“ zu verstehen ist.

Fließband im Zulieferpark

Ausgangspunkt für das VW-Konzept war das inzwischen allgegenwärtige Profitcenter-Prinzip, nach dem jeder Konzernbetrieb, ja jeder Fertigungsbereich für sich allein maximalen Profit abzuwerfen hat. Mischkalkulationen auf Konzern- oder Werksebene soll es nicht mehr geben. Die ab Herbst 2002 geplante Produktion eines Minivan in Wolfsburg müsse deshalb, so VW, genauso billig und pro-

fitabel werden wie am Produktionsstandort Portugal. Deshalb wurde bereits 1999 angekündigt, dass eine eigenständige Gesellschaft mit Standards für die Beschäftigten deutlich unter dem VW-Haustarifvertrag geplant werde. Dieses Ziel hat der Firmenvorstand nun erreicht: Im Vergleich zum Haustarif spart das Unternehmen nach eigenen Angaben mehr als 20 Prozent ein.

Soweit dies heute erkennbar ist, lehnt sich das Fabrikkonzept an die von VW auch in Brasilien erprobte Modularproduktion an. Das heißt der VW-Betrieb soll sich weitgehend auf Montage beschränken mit standardisierter Arbeit in kurzen Takten und mit minimalster Lagerhaltung. Qualitäts- und Lieferfähigkeitsverantwortung sollen an die Produktionsteams delegiert werden und für disziplinierenden Druck sorgen. Die Fertigungstiefe wird noch einmal deutlich gesenkt, die Produktion von einbaufähigen Modulen erfolgt im Zulieferpark, in dem sich die Zulieferbetriebe logistisch optimal um die VW-Montage anordnen. So sollen Kapitalbindung und Materialdurchlaufzeiten drastisch reduziert werden (fünfzehn Tage von Auftragseingang bis Auslieferung des fertigen Autos).

Ziel: Arbeiten ohne Ende

Die Arbeitszeit soll sich ausschließlich an den wechselnden Bedürfnissen der Produktion orientieren. „Zumutbar“, so die ursprüngliche VW-Forderung, sollte jede Arbeitszeit zwischen null und der gesetzlichen Obergrenze von 48 Stunden pro Woche werden – doch das war selbst in Wolfsburg nicht durchsetzbar. Das jetzt vereinbarte Arbeitszeitmodell ist jedoch so flexibel, dass es Unternehmerherzen höher schlagen lässt. Gearbeitet werden soll in drei Schichten an bis zu sechs Tagen, von Sonntagnacht bis Samstagmittag. An bis zu dreißig Samstagen pro Jahr darf VW sogar in der Spätschicht über die Belegschaft verfügen. Ist all das immer noch nicht flexibel genug, erlaubt der Tarifvertrag die Vereinbarung weiterer betrieblicher Arbeitszeitflexibilisierung.

Die wöchentliche Arbeitszeit soll im Jahresdurchschnitt bei 35 Stunden liegen, also offenbar konform gehen mit den bisher gültigen Tarifverträgen. In der einzelnen Woche sind jedoch bis zu 42 Stunden möglich. Und von drei Stunden geplanter wöchentlicher Qualifizierungszeit muss VW nur die Hälfte bezahlen, was unterm Strich heißt: Verlängerung der Arbeitszeit. Vor nicht allzu langer Zeit hatten Belegschaften der Autoindustrie solche Zumutungen als „Horror kataloge“ abgewehrt. Nun hat die IG Metall mit der Präsentation der „Wochenarbeitszeit 35 Stunden“ vielleicht vordergründig ihr Gesicht wahren können. In der Realität wurden jetzt aber die Erfolge jahrzehn-

telanger arbeitszeitpolitischer Bemühungen geschliffen und ausgehöhlt.

Lohnsenkung und neues Lohnsystem

Dass diese Zugeständnisse eine Abwärtsspirale für andere VW-Standorte und die gesamte Branche in Gang setzen, versteht sich von selbst. Dazu kommt die Einführung eines neuen Lohnsystems. Das so genannte Programmengelt, das nun tarifvertraglich vereinbart wurde, sieht vor, dass nicht für eine definierte Anzahl Arbeitsstunden bezahlt wird, sondern für die Lieferung des jeweils vom Unternehmen geforderten Produktionsprogramms. Praktisch heißt das: Wenn wegen Maschinen- und Ablaufstörungen oder etwa Qualitätsproblemen bei Schichtende nicht die geforderte Menge Autos montiert ist, müssen die KollegInnen nacharbeiten. Und zwar ohne Bezahlung, wenn die Ausfälle nicht nachweislich vom Unternehmen zu verantworten sind. Das Risiko wird so auf die Beschäftigten abgewälzt. Insofern ist dieses Konzept die perfekte Ergänzung der Ziele von Modularproduktion und Lieferpark – dort werden Kapitalkosten und Risiko auf die Zulieferbetriebe, hier die Restrisiken auf den „Arbeitskraft-unternehmer“ abgewälzt – gegen 5000 Mark im Monat. Auch dies ist ein großer Erfolg für VW, der andere Unternehmen zur Nachahmung einladen wird.

Zwar ist nicht jedes Detail des „5000 x 5000“-Vertrags unbenahen auf andere Betriebe (auch der Autoindustrie) übertragbar. Seine eigentliche Bedeutung ist sein politisches Signal. Die „taz“, den wirtschaftsliberalen deutschen Grünen eng verbunden, hat es so formuliert: Die „vergleichsweise privilegierten traditionellen VW-Werker können nicht mehr der Maßstab sein, wenn es um die Schaffung neuer Jobs geht. Das genau ist die Botschaft des neuen VW-Kompromisses: Manchmal muss man sich eben nach unten orientieren.“

Die IG Metall hat sich statt für eine offensive Auseinandersetzung für einen Tuschenspielertrick – die Verteidigung des Flächentarifvertrags bei gleichzeitiger Aushöhlung – entschieden. Wohin diese Art von Politik letztlich führt, hat der bisherige IG-Medien-Vorsitzende Detlef Hensche einmal auf den Punkt gebracht: Eine solche Gewerkschaft drohe, nicht mehr Teil der Lösung zu sein, sondern Teil des Problems zu werden.

Allerdings sind da noch die Mitglieder. Die erwarten in der kommenden Tarifrunde deutliche Lohnerhöhungen und endlich ein Ende der Bescheidenheit. Beides wird nicht ohne Konflikt zu haben sein. Und der ist und bleibt das Lebenselixier jeder Gewerkschaft, die mehr sein will als ein Ordnungsfaktor zur Sicherung der Konkurrenzfähigkeit deutscher Konzerne auf dem Weltmarkt.

Tom Adler ist Betriebsrat bei Daimler-Chrysler Stuttgart (veröffentlicht in woz, Zürich, vom 6.8.2001)

IG Metall Bayern: Tarifverträge zum 28. Februar 2002 kündigen

Metallarbeitgeber provozieren Krach und Ärger

(28.08.01) Eröffnet ist die Metalltarifrunde 2002. Die IG Metall Bayern hat die Tarifverträge über Einkommensbedingungen gekündigt. „Wir wollen, dass gleich qualifizierte Arbeit auch gleich honoriert wird. Das ist bei den jetzt getrennten Entgeltbestimmungen von Angestellten und Arbeitern nicht der Fall. Die aus dem 19. Jahrhundert stammende Trennung wird von den Arbeitgebern nach Billigmacher-Gesichtspunkten heute noch hochgehalten. Ein Witz im 21. Jahrhundert. Deshalb muss bis zur ‚Lohnrunde‘ ein Ergebnis her“, sagte Werner Neugebauer, Bezirksleiter der IG Metall Bayern. Er erwarte von der ersten Verhandlung am 6. September ein klares Signal, dass bis Februar zügig, konstruktiv und ergebnisorientiert verhandelt wird.

Als eine Unverschämtheit bezeichnete Neugebauer die derzeitige Anzeigenkampagne der Metallarbeitgeber. Sie sei an Primitivität nicht mehr zu übertreffen. Zuerst vernichten sie rund 1,6 Millionen Arbeitsplätze seit 1991. Dann feiern sie „den größten Erfolg“, weil sie angeblich 101.000 neue Stellen in zehn Jahren geschaffen haben. Nun besitzen die „neuen“ Stelleninhaber auch noch die Dreistigkeit und „fordern zusätzlich 100.000 Menschen eine Lohnerhöhung“, so in der Anzeige des Arbeitgeberverbands. Neugebauer: „Sollen diese Beschäftigten nun auf den Knien dem lieben Gott und den Arbeitgebern huldigen und danken, dass sie einen Arbeitsplatz haben? Die arbeiten doch und leisten was. Diese Anzeige schlägt dem Fass den Boden aus“.

In der kommenden Tarifrunde steht für Bezirksleiter Werner Neugebauer die Stärkung der Kaufkraft und eine Erhöhung der Binnennachfrage im Vordergrund. Da sieht sich die IG Metall im Einklang mit dem bayerischen Wirtschaftsminister Wiesheu. Denn nicht der Export sei das Problem, sondern die schwächelnde Inlandsnachfrage. „Die Produktivität ist rasant gestiegen, die Lohnstückkosten sinken seit Jahren und der Lohnkostenanteil, gemessen am Umsatz, beträgt in der Metallverarbeitung nur noch 19 Prozent. Die Unternehmen haben gut verdient. Deshalb erwarten die Menschen in den Betrieben mehr Geld, Cash oder Knete. In den kommenden Monaten werden wir das präzisieren“, fasste Neugebauer die aktuelle Tarifdebatte zusammen.

Ein weiteres regelungsbedürftiges Kapitel ist für die Gewerkschaft die Altersvorsorge. Nach grundsätzlicher Einigung stehen jetzt noch wichtige Detailfragen zur Klärung offen. Neugebauer: „Hoffentlich kommen die Arbeitgeber bald in die Strümpfe, denn die Zeit drängt. Unsere Mitglieder wollen wissen,

wie sie ab 2002 ihre zusätzliche Altersvorsorge gestalten können“. Gleiches gelte für die freiwillige Entgeltumwandlung von Teilen des Tarifeinkommens zur Aufstockung der Altersvorsorge. Für die bayerische IG Metall wird in der Zukunftsdebatte nach der breiten Mitgliederbefragung im Mai (rund 80.000 in Bayern) ein weiterer Schwerpunkt im Herbst die Meinungsbildung über die künftigen Inhalte und Aufgaben der Gewerkschaftsarbeit, die Ausrichtung auf wesentliche Arbeitsfelder sein. In Foren zum Produktionsstandort Bayern, IT-Branche und Dienstleistungen, Qualifizierung, Ingenieursausbildung und EU-Osterweiterung, so Neugebauer, müssen „Antworten auf drängende Fragen“ mit externen Sachverständigen erarbeitet werden.

Hilfestellung und Beratung steht im Mittelpunkt der internationalen Aktivitäten für die Gewerkschaften in den angrenzenden Regionen. So nehmen im September, im bayerischen Inzell, Belegschafts- und Gewerkschaftsvertreter aus der Slowakei, Tschechiens, Sloweniens und Ungarn an „Joint-venture-Seminaren“ mit deutschen Partnern teil. Ein Austausch in der Tarifpolitik mit den MOE-Gewerkschaften steht bei einem Seminar im Oktober auf der Agenda. Erstmals bietet die IG Metall Bayern betrieblichen Interessenvertretern aus den Reformstaaten ein Traineeprogramm von drei und sechs Monaten an, um die Rechtsbeziehungen in Deutschland, die Aufgaben und arbeitsweise der deutschen Belegschaftsvertretungen sowie die Funktion der Gewerkschaften kennen zu lernen.

Wegen des Fachkräftemangels müsse von den Betrieben, so Neugebauer, mehr in die Qualifizierung der Belegschaften investiert werden. „Wir müssen neben den Hochqualifizierten verstärkt die weniger qualifizierten Beschäftigten aus- und weiterbilden, damit diese weiter technologisch hochwertige Produkte herstellen und Dienstleistungen erbringen können“. Daneben brauchen wir familienfreundlichere Arbeitszeitregelungen und Arbeitsbedingungen wie Kinderhorte, Ganztagsbetreuung, aber auch Ganztagschulen. „Wir verschleudern viele volkswirtschaftliche Ressourcen, da wir vielen hochqualifizierten Frauen keine Chance bieten, um Beruf und Familie auf die Reihe zu kriegen“.

Neugebauer forderte Arbeitgeber und die Bayerische Staatsregierung auf, in Sachen „Weiterbildung und Qualifizierung Gas zu geben“. Wenn das nicht erfolgt, dann sehe er keinen Sinn mehr im Bayerischen Beschäftigungspakt, obwohl dieser in der ersten Phase viel bewegt habe. •



Deutsche Wirtschaft verlangt mehr Geld für Auslandsmessen vom Staat. – HB, Donnerstag, 6.9.2001. – Der Ausstellungs- und Messe-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V. (Auma) kritisiert die Kürzungen für Auslandsmessen von 34 auf 29,5 Millionen Euro im Bundeshaushaltsentwurf. 71 offizielle Beteiligungen deutscher Firmen an Auslandsmessen müssten gestrichen werden, was vor allem für kleine und mittlere Unternehmen, die auf Unterstützung bei der Erschließung neuer Märkte angewiesen seien, ein schwerer Schlag sei.

BDI warnt CDU vor Blockade bei Zuwanderungsgesetz. – „Wir fordern die Union dringend auf, zumindest bei der Arbeitsmigration mit der Regierung eine gemeinsame Lösung zu suchen“, so BDI-Präsident M. Rogowski.

Luft- und Raumfahrtindustrie bekennt sich zum „Standort Deutschland“. – Die „High-Level-Group“ (Chefs der führenden Unternehmen der deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie) wollen in Deutschland weiterhin produzieren. Dafür fordern sie mehr Investitionen von der Bundesregierung.

Wirtschaft fordert Beweglichkeit am Arbeitsmarkt. – HB, Freitag./Samstag 7./8.9.2001. – Hunderttausende freier Stellen könnten laut BDA-Präsident D. Hundt besetzt werden, wenn die „Spielräume für Zeitarbeit wachsen“ und der Kündigungsschutz gelockert würde. „Ein nachhaltiger Beschäftigungsaufbau“ sei möglich, wenn Rot-Grün dafür die richtigen Rahmenbedingungen schaffe, so Hundt bei der Vorstellung der Initiative: „BDA-pro-job.de“. In einem Fünf-Punkte-Katalog fordern die Arbeitgeber erweiterte Spielräume für Zeit-, Teilzeitarbeit und befristete Beschäftigungsverhältnisse sowie flexiblere Arbeitsbedingungen und Abbau von Rechten. Allein durch Ausweitung der Zeitarbeit könnten 100 000 neue Jobs entstehen, erklärte Hundt. Dazu müsste die zulässige Beschäftigungsdauer eines Zeitarbeitnehmers bei einem Entleihbetrieb von einem auf mindestens drei Jahre verlängert werden. Arbeitslosen- und Sozialhilfe müssten sofort zusammengelegt werden und nicht erst in der nächsten Wahlperiode. Wer als Empfänger von Sozial- oder Arbeitslosenhilfe eine niedrig entlohnte Tätigkeit übernehme, solle deutlich mehr in der Tasche haben als wenn er nicht arbeite. Deshalb müssten die Anrechnungsregeln für Sozialleistungsempfänger, die eine Arbeit aufnehmen, großzügiger ausgestaltet werden.

Presseauswertung: rst

Am 7. September sprach Gregor Gysi auf zentralen **Wahlkampfveranstaltung von „Regenbogen – für eine neue Linke“ in Hamburg.** Trotz schlechten Wetters verfolgten rund 1.500 Menschen seine Rede auf dem Gänsemarkt. Bei der Abendveranstaltung in der Aula eines Gymnasiums war der Andrang so groß, dass die Türen geschlossen werden mussten, obwohl nur rund 700 von rund 800 Besucherinnen und Besuchern Einlass gefunden hatten.

Die Umfrageergebnisse sagen der rechtspopulistischen Schill-Partei 14 bis 15% und ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen Rot-Grün einerseits und dem „Bürgerblock“ aus CDU/ Schill/ FDP andererseits vorher, was auch bei potenziellen Links-Wählern zu Überlegungen führt, eventuell doch SPD oder GAL zu wählen, damit Schill auf jeden Fall verhindert werde. Gysi setzte sich insbesondere mit der GAL-Argumentation auseinander, dass jede Stimme für Regenbogen Rot-Grün schwächen und letztlich Schill stärken würde. Die Fehler der rot-grünen Politik, die sich gegenüber rechtem Druck als äußerst nachgiebig erwiesen habe, habe Schill erst möglich gemacht.

Die als PDS kandidierende Liste Links, die bisher kein einziges Argument für ihre eigene Kandidatur anführte, ruft inzwischen mehr oder weniger unumwunden zur Wahl von Rot-Grün auf, damit Schill verhindert werde. In ihrem Rundbrief heißt es: „Für diese Option (den assoziierten Kampf der Subalternen – d.Verf.) steht heute die Entscheidung: Rechter Bürgerblock als Ausbeutungsbeschleuniger. Oder der rot-grüne Senat als bessere Bedingung für den Kampf der Vernünftigen. Tertium non datur. (Eine dritte Möglichkeit ist nicht gegeben.)“ „Verwirrte Linke“, die die SPD kritisierten, unterstützten „gewollt oder ungewollt“ den Bürgerblock. Ihr eigenes Eingreifen in den Wahlkampf beschränkte sie entsprechend darauf, Veranstaltungen von Regenbogen aufzusuchen. Ihr Versuch, bei den Gysi-Veranstaltungen groß aufzulaufen – sie hatte dazu aufgerufen, „ihn (zu) besuchen und ihm (zu) zuzubeln“, und sie bemühte sich auch nach Kräften –, ist mangels Interesse anderer irgendwie dann im Sande verlaufen.

Zum Ausgang der gestrigen niedersächsischen Kommunalwahl erklärt der Landesvorstand der PDS:

Der Landesvorstand ist insgesamt zufrieden mit den gestern erzielten Ergebnissen, wenngleich sich auch nicht alle unserer Erwartungen erfüllten.

Die Steigerung der kommunalen Mandate von 6 auf jetzt 13 bedeutet einen beachtlichen Zuwachs, wenngleich nach wie vor auf niedrigem Niveau.

Insbesondere ist hervorzuheben, dass sich im Wahlkampf die Mitgliedschaft der PDS Niedersachsen um rund 25% erhöht hat.

Dieses bietet insgesamt eine gute Ausgangsbasis für die Bundestagswahl 2002, da sich der Aufwärtstrend beim Wählerzuspruch verstetigte und ein stetiges Wachstum des Landesverbandes zu verzeichnen ist.

Zuwächse über dem Landesdurchschnitt konnte die PDS vor allem dort erreichen, wo sie bereits länger vor Ort verankert ist und die PDS mit Gesichtern verbunden wird.

Besonders herauszustellen sind die Ergebnisse in Göttingen und Oldenburg, wo wir nun in Fraktionsstärke in den Stadträten vertreten sind. In Braunschweig und Hannover wurde trotz guter Zuwächse der Fraktionsstatus nicht ganz erreicht.

Beachtlich ist auch das Ergebnis zum Stadtrat Emden, wo es der PDS in einer Stadt mittlerer Größe (50 000 Einwohner) aus dem Stand gelang ein Mandat zu erringen.

Der Landesvorstand bedankt sich ausdrücklich für das hohe Engagement einer Vielzahl seiner Mitglieder im Wahlkampf.

Dorothee Menzner, Landesvorsitzende

Zahlreiche Mitglieder des PDS-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen haben zwei Änderungsanträge zum Leit-antrag „Strategie und Programmatik der PDS bis 2003“ gestellt. In dem einen Antrag heißt es:

Im Abschnitt IV soll als Auftrag an die Programmkommission aufgenommen werden:

„Dem Gedanken „Stärkung der Kommunen“ soll im Programmwurf eine tragende Rolle zukommen, weil gesellschaftliche Veränderungen in Richtung Sozialismus von unten kommen müssen.“

Begründung:

Im derzeit geltenden Programm ist der Abschnitt „4.4. Kommunale Selbstverwaltung verwirklichen“ ein wichtiger Unterabschnitt im Abschnitt „4. Alternative Entwicklungswege.“

In allen bisher vorliegenden Programmmentwürfen wird das Thema Kommunalpolitik jedoch bestenfalls am Rande erwähnt, obwohl für die Entwicklung sozialistischer Alternativen und damit auch für die Entwicklung der PDS die Kommunalpolitik inzwischen nicht nur in den neuen, sondern auch in den alten Bundesländern eine entscheidende Rolle spielt.

Die EU, der Bund und die Länder haben die Rechte der Kommunen in den letzten Jahren immer weiter eingeschränkt. Finanziell bluten die Kommunen aus. Nicht nur in den neuen

Bundesländern hat die Lage der Kommunen dramatische Züge angenommen, sondern auch in den alten. Immer mehr Kommunen unterstehen einer Zwangsbewirtschaftung. Der durch die rot-grüne Unternehmenssteuerreform verursachte Einbruch bei den Gewerbesteuererträgen bei den Kommunen führt derzeit reihenweise zu Haushalts-sperren.

Eine Welle von Privatisierungen, teilweise vor dem Hintergrund von EU-Recht, schwächt die Selbsttätigkeit der Kommunen. Gleichzeitig beabsichtigt die Bundesregierung, Teile der Pflichten des Staates in der sozialen Sicherung der Menschen in die Kommune zu verlagern.

Insbesondere gegen die Politik der Privatisierung regt sich immer mehr Widerstand. So sind z.B. in mehreren Städten NRWs Privatisierungen durch Bürgerentscheide rückgängig gemacht worden.

Die Verteidigung der Rechte der Kommunen, ihre finanzielle Ausstattung und ihr Recht auf wirtschaftliche Selbsttätigkeit sollte einen viel größeren Stellenwert in der PDS-Politik erhalten. Das meinen wir nicht nur in Bezug auf den aktuell anstehenden Bundestagswahlkampf, sondern auch strategisch. Der Gedanke „Veränderung von unten“ muss als strategisches Konzept in einem neuen Programm stärker verankert werden, wenn wir der realen Entwicklung – auch der realen Entwicklung der PDS als Partei – gerecht werden wollen. Deshalb wollen wir eine Änderung des Leitantes an dieser Stelle.

Die PDS muss sich ebenfalls stärker für die Rechte aller Einwohnerinnen und Einwohner in den Kommunen engagieren. Auch wenn das kommunale Wahlrecht immer noch viele Menschen ausschließt, führt es doch zu interessanten, internationalistischen Konstellationen. Die PDS sollte sich für die Selbsttätigkeit und Emanzipation der Menschen engagieren und für eine soziale, solidarische und demokratische Politik vor Ort eintreten.

Die PDS sollte sich aber auch für die Selbsttätigkeit der vielen örtlichen Initiativen, Vereine und Wohlfahrtsverbände engagieren. Der Aufbau eines „Netzwerk“ der sozialen Bewegungen in Europa, wie es der französische Soziologe Prof. Pierre Bourdieu vorschlägt, beginnt auf der örtlichen, kommunalen Ebene und auch eine „Erneuerung der Gewerkschaften“, die er fordert, kann nur von unten entwickelt werden.

An diesem Prozess sollte sich die PDS beteiligen und ihm deshalb in ihrem neuen Programm auch einen tragenden Platz geben.

Zusammenstellung: jöd

Wem gehören die Fabriken? Kapitalexport nach Osteuropa

Von Stefan Eggerdinger in DTN 32

Kapitalexport, das ist die imperialistische Verwendung vergangener Arbeit dazu, Arbeiter in anderen Ländern auszubeuten – oder eben auch auf die Straße zu werfen und hungern zu lassen. Kapitalexport nach Osteuropa erfolgt zum einen in der Form der Ausländischen Direktinvestitionen (ADI), zum anderen in der Form von Leihkapital.

(Die bürgerliche Statistik faßt unter ADI durchaus verschiedene Dinge zusammen: ADI können sowohl Investitionen sein, mit denen Fabriken aufgebaut werden, die also den Reichtum in den Zielländern vergrößern – ohne natürlich, daß dies das Volk in diesen Ländern unmittelbar reicher macht. Unter ADI fällt aber auch jener Kapitalexport, der lediglich vorhandene Betriebe aufkauft, meist ausschachtet oder gleich in wesentlichen Teilen stilllegt, also den Reichtum in diesen Ländern bestenfalls nicht erhöht, in aller Regel aber vernichtet. Die Statistik etwa der Deutschen Bundesbank läßt den Unterschied nicht erkennen. Allerdings geben die Imperialisten selber an, wie unten gezeigt werden wird, daß es sich bei den Ausländischen Direktinvestitionen nach Ost- und Südosteuropa hauptsächlich um die zweite Form handelt.)

Die ADI konzentrieren sich in der Tat auf die ehemals staatlichen Betriebe. Wie die Osteuropabank mitteilt, fließt ansonsten kaum Auslandskapital nach Mittel- und Osteuropa.¹ Und selbst da müssen die osteuropäischen Länder bereits mit Niedrigpreisen arbeiten. Die Tschechische Republik erwartet einen Anstieg der ADI in den nächsten Jahren nur „wegen deutlich sinkender Preisvorstellungen der tschechischen Partner“.² Das geht, denn nationale Konkurrenten haben die ausländischen Kapitalisten gerade in kleineren Ländern nicht; der albanische Wirtschafts- und Privatisierungsminister Muci hat von vornherein die Auflage seiner Regierung, nur an Ausländer zu verkaufen.³ Insgesamt aber ist am Ende der 90er Jahre der Laden weitgehend geschlossen. „Das Interesse westlicher Investoren an den ostmitteleuropäischen Reformländern tendiert inzwischen generell gegen Null.“⁴

Wie teuer wird nun gehandelt, was die Völker sich in Jahrzehnten geschaffen haben? Die kurze Antwort: zum Spottpreis. Zwischen 1990 und 1997 flossen als Direktinvestitionen nach Osteuropa einschließlich Rußland 36,5 Milliarden Dollar⁵ – allein die Siemens AG hätte aus ih-

ren flüssigen Mitteln davon ein Drittel bar bezahlen können. 1998 und 1999 gab es noch einmal einen kräftigen Schub, als einige Nachzügler die Schleusen öffneten und andere Länder die letzten Filetstücke auf den Markt warfen. Dennoch floß aus den imperialistischen Ländern im Jahr 2000 z.B. fast dreimal soviel Kapital in Direktinvestitionen nach Asien und Lateinamerika wie nach Mittel- und Osteuropa.⁶ Der Kapitalexport in die Region macht gerade mal 0,8% der Bruttoanlageinvestitionen der europäischen Imperialisten aus, von der Höhe her 0,15% des Bruttoinlandsprodukts der EU.⁷

Einige Zahlen zu den jährlichen ausländischen Direktinvestitionen, Zahlen, die unterstreichen, um wie geringe Summen es sich handelt:

Bulgarien 1999:	655,3 Mio Dollar
Kaliningrad 1998:	40 Mio Dollar
Kasachstan 1999:	1,6 Mrd Dollar
Polen 1999:	6,6 Mrd Dollar
Rumänien 1999:	256,2 Mio Dollar
Rußland 1999:	4,3 Mrd Dollar
Slowenien 1999:	83 Mio Dollar
Tsch. Republik 1999:	4,9 Mrd Dollar
Ungarn 1999:	1,3 Mrd Dollar. ⁸

Das bedeutet aber nicht, daß dieses als Kapitalexport ins Land strömende Geld bzw. die damit erzielten Profite dann auch dort zur Verfügung stehen. Nicht nur, daß in den Ländern, die den Ausverkauf als erste begonnen haben, seit Mitte der 90er Jahre ein Sinken der ADI zu beobachten ist (Ungarn, aber auch Kaliningrad, wo die ADI in den letzten drei Jahren um 70% gesunken sind)⁹; es wird auch zunehmend Kapital wieder abgezogen, vor allem durch repatriierte Gewinne. Für die Tschechische Republik wird geschätzt, daß dem oben erwähnten Zufluß 1999 ein etwa ebenso großer Abfluß gegenüberstand, so daß die Kapitalimportbilanz mit plus/minus Null abschloß.¹⁰ Das muß noch keineswegs überall Formen annehmen wie in Rußland, wo Teile der einheimischen Bourgeoisie ins Land geholt Kapital umgehend wieder ins Ausland verschieben und das Land, laut Georg Krupp, ehemaligem Vorstandsmitglied der Deutschen Bank, nicht an Kapitalmangel, sondern an Kapitalflucht leidet. „2 Milliarden Dollar“ – so Krupp – „würden jeden Monat aus dem Land fließen. Der Vorsitzende des Antikorruptionsausschusses der Staatsduma, Nikolai Kowaljow, bezifferte jetzt die Kapitalflucht mit 140 Milliarden Dollar für die Zeit von 1991 bis 1999.“¹¹ (Vom



zusätzlichen Ausbluten Osteuropas durch Leihkapital, vor allem in Form der Bedienung von Auslandsschulden, wird noch die Rede sein.)

Nach wie vor gilt: der Kapitalexport ist in erster Linie ein Kampfmittel der Imperialisten untereinander, es wird hauptsächlich Kapital in bereits hoch entwickelte imperialistische Länder exportiert und dadurch die Position der imperialistischen Konkurrenz untergraben. Nach wie vor betrieben z.B. die deutschen Monopole 85% ihres Kapitalexports im Jahr 1996 in hochentwickelte imperialistische Länder! Allerdings ist dieser Anteil gesunken. Er betrug im Jahr 1990 noch 90%.¹² Und das ist der Preis dafür, daß die deutschen Monopole und Banken den Kapitalexport in den 90er Jahren in der Tat benutzt haben, sich eine beherrschende Stellung in Osteuropa aufzubauen.

Bei den ausländischen Direktinvestitionen in Osteuropa führt der deutsche Imperialismus mit weitem Abstand. Von den im Monatsbericht der Deutschen Bundesbank vom Oktober 1999 erwähnten 36,5 Milliarden Dollar Direktinvestitionen nach Osteuropa einschließlich Rußlands entfielen mehr als 30% auf die BRD. (Es folgten die USA mit 16%, Österreich und Frankreich mit je 10% – wobei man angesichts der deutschen Dominanz in der österreichischen Wirtschaft vom Österreich-Anteil gut und gerne und vorsichtig geschätzt ein Drittel bis die Hälfte dem deutschen Kapital anrechnen kann¹³).¹⁴ 46% aller aus der Europäischen Union nach Osteuropa fließenden Direktinvestitionen werden von deutschen Monopolen getätigt. Kein anderes imperialistisches Land lenkt einen so hohen Anteil seines Kapitalexports, nämlich 13%, nach Osteuropa.¹⁵

In allen größeren Ländern in Osteuropa liegen deutsche Konzerne an der Spitze der Liste der Kapitalexporthoren: „Nach dem renommierten ‚Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche‘ (WIIW) stellen bundesrepublikanische Konzerne ein Drittel der ausländischen Investitionen in Ungarn und Tschechien und liegen auch in Polen (knapp 20 Prozent), der Slowakei und Bulgarien vor allen anderen Investorengruppen. Einzig in Slowenien stammt das Gros des vom Westen investierten Geldes aus österreichischen Quellen.“¹⁶

In der Tschechischen Republik gab es

1999 10 000 deutsche und 6 000 deutsch-tschechische Firmen.

In Polen kontrolliert das deutsche Kapital 180 große Firmen und ist auch dort größter Investor vor den USA und Frankreich. „Damit lag Polen in seiner Bedeutung für deutsche Investoren mit großem Abstand vor den anderen MOE-Staaten (Mittel-Osteuropa-Staaten – S.E.) inklusive Rußland.“¹⁷

In der Slowakei führt die BRD „mit einem Anteil von 23,1 Prozent auch die Liste der Auslandsinvestoren an“.¹⁸ (Die größten Firmen in der Slowakei sind: VW, Siemens, US-Steel und – seit sie im Sommer 2000 51% der Slowakischen Telekom und 60% an Eurotel, dem zweitgrößten Mobilfunkanbieter in der Slowakei, übernommen hat – die Deutsche Telekom.¹⁹)

In Ungarn (inzwischen Weltrekordhalter beim Anteil des Auslands am Produktivvermögen²⁰) wurden seit 1989 34 000 Unternehmen im Auslandsbesitz etabliert, die ein Fünftel der ungarischen Arbeitskräfte ausbeuten (und 70% des Exports bestreiten!).²¹

Maßgeblich gefördert wird der deutsche Kapitalexport nach Osteuropa durch den deutschen ideellen Gesamtkapitalisten: Bis zum 31.12.1999 hat der Interministerielle Ausschuß der Bundesregierung positiv über 3 812 Garantieanträge für Auslandsinvestitionen mit einem Volumen von 39,4 Milliarden DM entschieden. (Was heißt: setzen die Kapitalisten diese Investitionen in den Sand, wird sie der Arbeiter mit seinen Steuern dafür entschädigen.) Vom Volumen der damit abgesicherten Investitionen stehen an der Spitze:

Rußland, die Tschechische Republik, Ungarn und Polen. Aber auch Investitionen in weiteren 18 Ländern Osteuropas und an der Südgrenze der ehemaligen Sowjetunion wurden solcherart abgesichert.²² Wenn eingangs festgestellt wurde, daß die meisten Länder Osteuropas ihren ökonomischen Aufschwung dem Bruch mit dem Imperialismus, dem Plan, der Diktatur des Proletariats und der solidarischen internationalistischen Zusammenarbeit verdanken, dann sieht man das, im Negativen, auch daran, daß mit der Zerschlagung der Volksmacht diese Länder als ökonomische Einheiten nahezu verloren dem Imperialismus gegenüberstehen. Mit anderen Worten:

Trotz der, wie oben dargestellt, relativ geringen Summen, die als ausländische Direktinvestitionen in diese Länder geströmt sind, konnten die ausländischen Monopole sich dort ein relativ großes Stück aus dem Kuchen schneiden. Der Bestand an ADI in Relation zum sogenannten Bruttoinlandsprodukt betrug 1997 in Ungarn 33%, in Estland 20%, in der Tschechischen Republik 14%. In Kroatien bewegten sich die akkumulierten ADI im Jahr 2000 mit 3,5 Milliarden in Höhe von 17% des Bruttoinlandsprodukts.²³

Wohin nun zieht das Kapital, dieses „scheue Reh“ (*Frankfurter Allgemeine Zeitung*)?



Einheitsdemo in München am 3. Oktober 1996

Was die Länder angeht, zieht es in ganz wenige, nämlich zum allergrößten Teil in die Länder der CEFTA (Central European Free Trading Association = Zentraleuropäische Freihandelszone), also nach Ungarn, Polen, in die Tschechische Republik, die Slowakei und nach Slowenien. Das betrifft 90% allen Auslandskapitals, das nach Osteuropa gelenkt wird.²⁴ Die Auslandsinvestitionen aus der EU gehen zu 33% nach Polen, zu 32% nach Ungarn und zu 14% in die Tschechische Republik.²⁵

Demgegenüber haben etwa die Länder des Balkans (ohne Jugoslawien) zwischen 1991 und 1997 pro Kopf der Bevölkerung nur ein Siebtel soviel ADI angezogen wie

die zentraleuropäischen Länder.²⁶ Länder wie die baltischen Staaten oder etwa die russische Region Kaliningrad kriegen ADI in einer Größenordnung ab, die sich wirklich nur noch mit der Portokasse größerer bundesdeutscher Unternehmen vergleichen lassen. Nach Kaliningrad etwa, das zu einem „Juwel an der Ostsee“ hochgeschwätzt wird, flossen 1998 40 Millionen Dollar an Direktinvestitionen. (Von denen stammten zwar 56% aus der BRD; wegen der in der letzten Zeit grassierenden Unsicherheit, jede Expansion des Imperialismus mit kurzfristigen ökonomischen Interessen zu erklären, sei jedoch festgestellt, daß u.E. wirtschaftlich für den deutschen Imperialismus diese Region völlig nebensächlich ist. Die jüngsten Verhandlungen der EU um die Region haben keinen anderen Zweck als den, das Aufmarschgebiet gegen Rußland zu erweitern.)

In welche Branchen wird investiert?

Gleich nach dem Angriffskrieg gegen die BR Jugoslawien hatte der damalige US-Vizepräsident Al Gore in einem „Korridor-Plan“ präzisiert, was den Imperialismus am Kosovo überhaupt interessiert: eine gewisse Infrastruktur, vor allem Transitwege, die Telekommunikation und die Energie. Ein Aufmarschgebiet zur weiteren Ostexpansion also – und der Rest war Schweigen.

Sieht man darauf, auf welche Branchen der Imperialismus in Osteuropa die Hände legt, so sieht das nicht viel anders aus, nur daß dafür – noch – kein Schuß abgegeben werden mußte.

Es liegt uns keine geschlossene Tabelle über die Branchenstruktur des Auslandskapitals in Osteuropa und in den südlichen Republiken der ehemaligen Sowjetunion vor, aber aus verschiedenen Publikationen über verschiedene Länder läßt sich doch einigermaßen Struktur herauslesen. Dabei steht in den Publikationen im Vordergrund, was unbedingt noch geklärt werden muß, also die Pläne für die nächsten 2–3 Jahre; und es werden hauptsächlich die „Großprojekte“ aufgelistet. Danach konzentriert sich der Kapitalexport dorthin folgendermaßen:²⁷

Albanien: Energie. (Für den Stolz des sozialistischen Albaniens, das Kraftwerk Elbasan, haben die Berliner Wasserwerke gerade eine Konzession auf 40 Jahre erworben.)

Estland: Transport und Kommunikation, in den nächsten Jahren zum Verkauf: die Staatsbahn. (Estland ist vor allem als Transitland von Bedeutung!)

Georgien: Energie, Verkehr, Telekommunikation.

Kasachstan: Ausschließlich Rohstoffsektor (Erdöl).

Kroatien: Telekommunikation. (Die Deutsche Telekom hat soeben die Mehrheit an der kroatischen Telekommunikationsgesellschaft übernommen.)

Lettland: Energie. (17% des Hauptenergieversorgers Latvijas Gaze liegen bei der Ruhrgas AG, weitere 18,2% bei

der russischen Gasprom.)

Polen: Transport. (Am anstehenden Verkauf der Staatsbahn hat die Deutsche Bahn AG Interesse angemeldet und wittert Lukratives entlang der Trassen Berlin-Warschau und Odessa-Gdansk.) Telekommunikation, Versorgungs- und Infrastrukturbereich sollen in den nächsten 2–3 Jahren endgültig entstaatlicht werden.

Rumänien: Telekommunikation.

Rußland: Energie. (Fast ausnahmslos alle ADI der letzten Jahre flossen in diesen Sektor.)

Tschechische Republik: Handel und „Dienstleistungen“. (Von den zehn großen Handelsketten in der Republik ist nur noch eine in tschechischem Besitz.) Energie. (Hauptinvestoren 1999: RWE und Bayernwerk.) Presse. (90% der Presse in den westlichen Landesteilen gehört der ultrareaktionären Kapfingerpresse – Passauer Neue Presse.) In den nächsten Monaten: Telekommunikation und Elektrizität.

Slowakei: Telekommunikation (Deutsche Telekom, die zusätzlich zu ihren jetzigen Besitzungen in der Slowakei bereits den Auftrag hat, bis 2004 das gesamte Festnetz zu modernisieren).

Slowenien: Transport und Telekommunikation (Deutscher Paketdienst, die Deutsche Telekom mit 51% Anteil an der slowenischen Telefongesellschaft).

Ungarn: Energie und Telekommunikation (Deutsche Telekom, die ihr Engagement bei der größten Telefongesellschaft Matav im Jahr 2000 in eine Mehrheitsbeteiligung erweitert hat). Telekommunikation und Energie sind zu 70% in ausländischer Hand. Und auch hier die „öffentliche Meinung“: die auflagenstärkste ungarische Zeitung Nepszabadság sowie einer der beiden großen Sender mit Vollprogramm, RTL Klub, gehören Bertelsmann.

Schwerpunkte also: Energie, Telekommunikation, Transport und Verkehr – ein überdimensionierter „Korridorplan“ in ganz Osteuropa.

Dazu kommt bei den Großinvestitionen als einzige zusätzliche Branche die Automobilindustrie, und hier in ganz besonderem Maße die deutsche, die sich Anfang der 90er Jahre (sehr zum Ärger vor allem der französischen Konzerne, die sich damals gegenüber Mitterrand über die Laxheit französischer Osteuropapolitik beschwert hatten) die Produktionskapazitäten in Osteuropa nahezu handstreichartig gesichert hatte: Volkswagen ist vertreten in der Slowakei, in der Tschechischen Republik (Skoda) und in Ungarn (Audi Hungaria) und dort jeweils der größte Exporteur. BMW hat gerade ein Werk für 10 Millionen DM in Kaliningrad gebaut und plant für eine Milliarde DM eine Fabrik in Slowenien (Maribor). Die restliche Metallindustrie (außer der Autoindustrie) spielt für Direktinvestitionen in Osteuropa nahezu keine Rolle.²⁸

Der Warenexport wird in einem ge-

sonderten Kapitel behandelt. Auf eines aber sei hier schon hingewiesen: Selbstverständlich kauft der Imperialismus mit der Produktion auch sozusagen automatisch einen großen Teil der Distribution. Wenn etwa der slowakische Export zu 39% aus Automobilen besteht, die Automobilindustrie der Slowakei aber VW heißt, dann kontrolliert VW einen bedeutenden Teil des slowakischen Außenhandels.²⁹ Wenn in Polen Unternehmen im Auslandsbesitz 48% der Importe und 38% der Exporte tätigen, so gilt für dieses Land dasselbe.³⁰ Ebenso, wenn VW über seinen Besitz an Skoda 10% des tschechischen Außenhandels in der Hand hält.³¹ Und daneben hat sich natürlich auch Monopolkapital in der Form des Handelskapitals in diesen Ländern eingeknistet. Auf die Tatsache, daß neun von zehn großen Handelsketten in der Tschechischen Republik im Auslandsbesitz sind, wurde schon hingewiesen. In Ungarn liegt der Gesamthandel zu 30% in der Hand deutscher und britischer Handelsfirmen.³²

Hieß es früher einmal, gleich hinter dem ersten deutschen Tank laufe einer von der Dresdner Bank, so laufen die Bankiers heute vor den Tanks. Der letzte hier noch nicht behandelte wirklich große Bereich für ausländische Direktinvestitionen des Imperialismus nach Osteuropa ist der Bankensektor: Auch nach der Aushöhlung und stückweisen Preisgabe der Planwirtschaft ist der Bankensektor in Osteuropa noch lange Zeit hoch konzentriert gewesen. Wir wissen nicht, in welchem Umfang es auch in Ländern außerhalb der DDR dem ausländischen Finanzkapital gelungen ist, planwirtschaftliche Verrechnungseinheiten in kapitalistische Kredite umzuwandeln und sich somit einen großen Anteil an der Mehrarbeit dieser Länder durch die Kontrolle der Banken zu sichern. Tatsache ist, daß in nahezu allen osteuropäischen Ländern der Bankensektor ein gewaltiges Objekt der Begierde war und ist. Dabei steht in wichtigen Ländern wie der Tschechischen Republik und der Slowakei die endgültige und vollständige Entstaatlichung des Sektors noch aus.³³ In anderen Ländern ist sie schon weitgehend abgeschlossen und es sitzen die Besitzer der Banken und Sparkassen im Ausland: In Ungarn ist der Bankensektor zu 70% im Auslandsbesitz, ist von 42 Banken nur noch eine einzige ohne ausländische Beteiligung.³⁴ In Polen gehören die Banken zu 77% dem Ausland, wobei sich zeigte, daß nicht nur beim Aufkauf von Ländereien, sondern auch im Finanzsektor mit Strohmännern gearbeitet wird. (Die Deutsche Bank hatte versucht, sich über ein ganzes Strohmännerkonsortium unter Führung einer Gdansker Bank eine Beteiligung am größten polnischen Versicherer PZU zu sichern, worauf der polnische Staat versuchte, das Geschäft aufzuhalten; der Ausgang war zur Jahreswende 2000/2001 noch ungewiß.³⁵) Auf das Konto der Deutschen

Bank geht auch eine Premiere: Ihr Versuch, die Big Bank Gdansk zu übernehmen, war der erste Anlauf für eine feindliche Übernahme einer osteuropäischen Bank. Dagegen gab es vor dem Gebäude der Deutschen Bank in Warschau eine Demonstration. „Ihr seid die Erben Nazi-Deutschlands. Ihr habt nur euer Antlitz verändert. Nieder mit der Europäischen Union“, riefen die Demonstranten.³⁶

Die Deutsche Bank ist heute in Georgien, Kasachstan, Kroatien, Polen, Rußland, Rumänien, der Tschechischen Republik, Turkmenistan, der Ukraine, Ungarn und Usbekistan mit Büros, Filialen und Tochtergesellschaften vertreten. Sie hat bei der Begebung der meisten der in den letzten Jahren in Osteuropa begebenen Staatsanleihen geführt oder mitgeführt. Ihr Anteil an der Finanzierung des Außenhandels Osteuropas liegt je nach Land zwischen 20% und 35%.³⁷ Ihr jüngstes Engagement: „Wie bereits berichtet wurde, wird die Deutsche Bank kurzfristig ein Expertenteam nach Taschkent entsenden, das an der Erarbeitung einer Strategie zur Privatisierung und Umwandlung der Nationalbank Usbekistans (NBU) in eine Aktiengesellschaft mitwirken wird.“³⁸

Der deutsche Imperialismus hat im Kampf um die Banken und Sparkassen in Osteuropa eine hervorragende Ausgangsposition, und dies auch durch den wirtschaftlichen Anschluß Österreichs. Wurden schon vor dem Jahr 2000 die österreichische Bank für Arbeit und Wirtschaft, die Österreichische Postsparkasse und die Tiroler Sparkasse von der Bayerischen Landesbank kontrolliert, so verschaffte sich das deutsche Finanzkapital mit der Übernahme der Bank Austria (die ihrerseits wieder aus einem Konzentrationsprozeß im österreichischen Bankensektor hervorgegangen war) durch die Bayerische HypoVereinsbank mit einem Schlag einen zusätzlichen Anteil von 25% am österreichischen Bankkapital.³⁹ Nun hatte sich aber gerade die Bank Austria in den 90er Jahren in Tschechien, Polen und Ungarn starke Positionen erobert. Durch die Übernahme wird die HypoVereinsbank nun die drittgrößte Bank in Polen, in Ungarn ist sie die zweitstärkste Auslandsbank und nutzt, wie die Financial Times feststellt, nun die Bank Austria als „großes Tor auf dem Weg nach Osten“.⁴⁰ Und die österreichischen Banken marschieren weiter nach Osten. Die Tschechische Sparkasse steht unter Führung der Ersten Bank der österreichischen Sparkassen und soll in einen grenzüberschreitenden Sparkassenverbund eingegliedert werden, u.U. zusammen mit der Slowakischen Sparkasse. (Anfang der 90er Jahre hatte die österreichische Firma Julius Meinl, die jetzt auch schon deutsch ist und der REWE gehört, Kaffee an alle secessionistischen Demonstranten in Bratislava verteilt und damit bei der Zerschlagung der Tschechoslowakei geholfen – und jetzt werden die Sparkas-

sen der Trümmerstaaten wieder zusammengebaut!) Der tschechische Staat durfte vorher alle faulen Kredite bei der Tschechischen Sparkasse ablösen (was sicher nicht billig war: man schätzt den Anteil der faulen an den Bankkrediten in der Tschechischen Republik auf knapp 30%⁴¹). Auf jeden Fall hat die „Erste Bank der österreichischen Sparkassen“ im Dezember 2000 die Slovenska Sporitelna (also die bisher staatseigene slowakische Sparkasse) übernommen; sie wird damit nach der Anzahl der Kunden und Filialen Zentraleuropas größte Bank.⁴²

Angesichts solcher Kreuzzüge verblissen Handstreich wie die Übernahme der Rjeka Banka in Kroatien durch die Bayerische Landesbank im April 2000 oder die Übernahme aller Bankgeschäfte im Kosovo durch die Commerzbank (hier kam der Banker tatsächlich wieder einmal hinter den Tanks) zu bloßen Frontbegradigungen.⁴³

Ausgenommen wie die Weihnachtsgänse

Nun könnte man argumentieren: Natürlich findet ein Ausverkauf statt, natürlich beuten ausländische Kapitalisten mehr und mehr Arbeiter in Osteuropa aus – aber es strömt doch immerhin Geld ins Land.

Nichts falscher als das. Rein netto und summa summarum werden diese Länder immer ärmer, wird mehr und mehr des Produkts der Arbeit aus diesen Ländern herausgezogen. Das ist in ganz Osteuropa nicht anders, als es sich mit dem „Stabilitätspakt für Südosteuropa“, dem Ergebnis des Krieges, in Jugoslawien verhält, der auch nur „Hilfe“ auf Kreditbasis bietet.⁴⁴

Wir dürfen nämlich nicht nur jenen Teil des Kapitalexports betrachten, der als ausländische Direktinvestitionen nach Osteuropa strömt. (Wobei auch hier schon festgestellt wurde, daß das Interesse der Kapitalisten daran in den letzten Jahren „gegen null tendiert“ und z.T. als repatriierte Gewinne mehr abgezogen als hineingesteckt wird.) Wir müssen auch jenen Teil betrachten, der als zinstragendes Kapital nach Osteuropa geflossen ist und nun goldene Eier legt.

Die Henne für diese goldenen Eier lebt nicht an den Börsen Osteuropas – 1999 flossen dahin gerade mal 2,2 Milliarden Dollar (auch hier schon 30% weniger als noch ein Jahr zuvor).⁴⁵ Das sind sehr kleine Summen. Die Henne für die goldenen Eier lebt in den Staatsapparaten der osteuropäischen Länder selbst.

Bedingt durch die Aufhebung des Außenhandelsmonopols, durch die Preisgabe der Vergesellschaftung in der UdSSR bzw. den Internationalismus des RGW, durch die Aufhebung der Planwirtschaft und die damit verbundene Ausweitung der Ware-Geld-Beziehung, durch die Verarmung der Bevölkerung im Zuge der kapitalistischen „Transformation“ und der daraus resultierenden Unfähigkeit, zusätzliche Steuern einzutreiben, durch großzügigste Geschenke an

ausländische Kapitalisten wie die jahrelange Freistellung von der Steuer im Fall VW in der Tschechischen Republik etc. etc. haben die osteuropäischen Länder wahre Gebirge an Auslandsschulden aufgehäuft. Länder wie Georgien (3 Milliarden Dollar Auslandsschulden bei 5 Millionen Einwohnern⁴⁶), wo die staatlichen Einnahmen gerade 40% des Budgets decken, oder Albanien, das seinen Staatshaushalt zu 65% mit Auslandskrediten deckt,⁴⁷ können nicht einmal mehr die täglichen Staatsgeschäfte ohne Schuldenmachen bestreiten. Das Volk hat nichts davon. Ein ehemaliger Berater von Lech Walesa: „Wir machen es mit den Krediten wie zu Gierexs Zeiten, doch im Unterschied zu heute wurde damals ein Teil davon investiert. Heute sind nur 15% des Defizits den Investitionen in die Infrastruktur zuzuschreiben, aber keiner wagt, das laut zu sagen, aus Angst, den Westen zu erschrecken.“⁴⁸

(Und im Gegensatz zur inneren Verschuldung, mit der sich eine Gesellschaft lediglich bei sich selbst verschuldet, sind die Auslandsschulden wirkliche Schulden, d.h. Schulden mit Wirkungen, die zu einer tatsächlichen Übertragung gesellschaftlichen Reichtums an andere, also an die Imperialisten führen, Schulden, die bei ausländischen Banken und/oder Staaten bestehen. Wie der russische Ministerpräsident Michail Kasjanow auf einer Tagung des Ostausschusses der Deutschen Wirtschaft am 1.12. letzten Jahres in Berlin mitteilte, gibt Rußland für die Bedienung der Auslandsschulden eineinhalbmal soviel aus wie für Justiz, Gesundheitswesen und Umweltschutz zusammen.⁴⁹ Die anwesenden Herrschaften goutierten das durchaus, es reichte ihnen nur nicht. Ebenso schnöde haben sie gerade die Bitte der neuen jugoslawischen Regierung nach Schuldenerlaß zurückgewiesen. Man liebt eben den Verrat, aber nicht den Verräter, und beim Geld hört nicht nur die Freundschaft, sondern auch die Dankbarkeit auf.)

Einige Zahlen:

Polen hatte bereits 1989 39 Milliarden Dollar Auslandsschulden, die bis zum Jahr 2000 auf 65 Milliarden stiegen. Das entspricht 34% des sogenannten Bruttoinlandsprodukts.⁵⁰ Ungarn ist mit 30 Milliarden Dollar, die Tschechische Republik mit 25 Milliarden, die Ukraine mit 10 Milliarden Dollar, Rumänien mit 8,2 Milliarden Dollar, Jugoslawien mit 11,8 Milliarden Dollar verschuldet, was einem jährlichen Bruttosozialprodukt entspricht; Slowenien mit 33% seines Bruttosozialprodukts, Kroatien mit 47% des Sozialprodukts.⁵¹ Nun muß man mit dem bürgerlich-statistischen Begriff des Sozialprodukts sehr vorsichtig umgehen – da fließen Dinge ein wie Versicherungsleistungen etc., die mit der Schaffung wirklicher Werte nichts zu tun haben. Und dennoch: Zwischen einem Viertel und 100% dessen, was diese Länder an Geld für Waren und Dienstleistungen pro Jahr umsetzen, müßten sie drangeben, ih-

re Auslandsschulden wieder loszuwerden.

Aber natürlich sollen sie sie gar nicht gänzlich loswerden, solange sie zahlen. Denn die Kredite an diese Länder sind – wie die Staatsschuld innerhalb der imperialistischen Länder selbst⁵² – ein wunderbares „Aufsaugemittel überschüssigen Reichtums“ (Marx), eine Maschine, die industriell profitabel nicht mehr anzulegenden Profit aufnimmt und dafür Zinsen abwirft. In den letzten Jahren freilich hat diese Maschine ein wenig an Glanz verloren, und es fließt immer weniger an Krediten nach Osteuropa, seit die Geld- und Kreditkrise 1998 in Rußland selbst die kühnsten Jongleure des zinstragenden Kapitals das Fürchten lehrte. (Seit 1993 schon sind die Nettotransfers des Internationalen Währungsfonds nach Osteuropa negativ, d.h. der Fonds holt dort mehr Geld raus, als er hineinsteckt.⁵³) Es wird an Zins und Tilgung mehr aus diesen Ländern abgezogen, als z.B. in Form von Direktinvestitionen hintransferiert wurde. Fazit für die drei größten Länder Osteuropas: „Während das seit 1989 kumulierte Investment zum Jahresende 1999 in Polen 28 Mrd. Dollar, in Tschechien 16 Mrd. und in Ungarn 19 Mrd. Dollar betrug, machten die Zinszahlungen für die Auslandsschulden in allen drei Ländern weit höhere Summen aus: in Polen mit einer aktuellen Verschuldung von 65 Mrd. Dollar schätzungsweise das Dreifache der ins Land gekommenen Investitionen, in Ungarn mit 30 Mrd. Auslandsverschuldung etwas mehr, in Tschechien mit 25 Mrd. Dollar etwas weniger als das Doppelte.“⁵⁴ (Wohlgemerkt: das sind die Zinsen, damit ist noch kein Dollar, keine Mark zurückbezahlt!) Während in die osteuropäischen Länder ohne Rußland und GUS (Gemeinschaft Unabhängiger Staaten) bis 1998 insgesamt 45 Milliarden Dollar direkt investiert wurden, betrug der jährliche Schuldendienst dieser Länder rund 15 Milliarden Dollar.⁵⁵ Ein geradezu gigantisches Geschäft!

1 Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 15.11.00; 2 Jahrbuch 2000/2001: Mittel- und Osteuropa Perspektiven. Hrsg. vom Manager-Magazin, Rödl & Partner, FAZ-Institut. Ffm./Hamburg/Nürnberg, 2000, S. 204; 3 Ebenda, S. 41; 4 Klaus W. Bender: Die Slowakei glaubt sich für die EU-Beitrittsverhandlungen gerüstet. FAZ, 18.10.1999; 5 Die relative Stellung der deutschen Wirtschaft in den mittel- und osteuropäischen Reformländern. Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Oktober 1999 (BuBa 10/99); 6 FAZ, 11.1.01; 7 Quaisser/Hartmann/Hönekopp/Brandmeier: Die Osterweiterung der Europäischen Union: Konsequenzen für Wohlstand und Beschäftigung in Europa. Gutachten der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2000 (FE 2000), S. 97; 8 Jahrbuch 2000/2001, verschiedene Kapitel; Reinhold Vetter: Kaliningrad und die Osterweiterung der Europäischen Union. In: Osteuropa 2/2000 (Vetter 2000), S. 151; Kölner Stadt-Anzeiger, 23.10.00; 9 Jahrbuch 2000/2001, S. 224; Markus Wehner: Der Kreml hat zwei Kandidaten. FAZ, 4.11.2000 (Wehner 2000a); 10 Jahrbuch 2000/2001, S. 203; 11 FAZ, 11.12.00; 12 FE 2000, S. 102; 13 Siehe Klaus Grubelnik: Der zweite An-

schluß. Deutschlands Griff nach Österreichs Wirtschaft. Wien 2000 (Grubelnik 2000); 14 BuBa 10/99; 15 FE 2000; 16 Hannes Hofbauer: Westwärts rücken. Konkret 2/01 (Hofbauer 2001a); Siehe auch: FAZ, 6.11.00; 17 Jahrbuch 2000/2001, S. 148, 150; 18 FAZ, 3.2.01; 19 Junge Welt, 24.10.00; Jahrbuch 2000/2001, S. 178; 20 FAZ, 7.12.00; 21 FAZ, 6.11.00; 22 Jahrbuch 2000/2001, S. 266; 23 FE 2000, S. 111; Carola Kaps: Kroatien will 2006 auf den EU-Beitritt vorbereitet sein. FAZ, 24.11.2000 (Kaps 2000); 24 Christian Meier: Transformation der Außenwirtschaftspolitik: Zur Wechselbeziehung von EU-Integration und regionaler Kooperation der Staaten Ostmitteleuropas. In: Der Osten Europas im Prozeß der Differenzierung. Hrg. vom Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, München und Wien 1997 (Meier 1997), S. 295; 25 FE 2000, S. 111; 26 Nebosja Vukadinovic: Die Wirtschaftsregion Balkan am Tropf des Westens. Le monde diplomatique, dt. Ausgabe, November 2000 (Vukadinovic 2000); 27 Die Angaben zu diesem Teil aus: Jahrbuch 2000/2001, verschiedene Abschnitte; FAZ, 21.3.92, 11.1.01 und 3.2.01; J. Goldammer / E. Friedweg: Neues Armenhaus im Kaukasus. Junge Welt, 12.1.2001 (Goldammer/Friedweg 2000); Horst Hanke: Ramschverkauf mit Hindernissen. UZ, 28.1.2000 (Hanke 2000); Renate Hennecke: Schatten auf dem Musterland. Junge Welt, 7.9.2000 (Hennecke 2000); EU-Osterweiterung. Hrg. von der Abteilung Wirtschaftstechnologie-Umwelt bei der IG Metall, Frankfurt/Main 2001 (IG Metall 2001); Junge Welt, 24.10.00; Wehner 2000a; 28 IG Metall 2001; 29 Jahrbuch 2000/2001, S. 182; 30 BuBa 10/99; 31 Hennecke 2000; 32 Meier 1997; 33 FAZ, 3.2.01; Jahrbuch 2000/2001, S. 202; 34 FAZ, 7.12.00; Hanke 2000; 35 Neue Zürcher Zeitung (NZZ), 15.11.00; Bruno Drweski: Polnische Ängste. Le monde diplomatique, dt. Ausgabe, Januar 2001 (Drweski 2001); 36 Die polnische Nachrichtengeneratur PAP, 9.2.2000; 37 Alle Angaben gemacht auf der Pressekonferenz des Vorstandssprechers der Deutschen Bank, Breuer, anläßlich der Jahrestagung von IWF und Weltbank im September 2000 in Prag; 38 The Uzbekistan Report, 18.12.00; 39 Grubelnik 2000, S. 101, 110; 40 Winfried Wolf: Fusionsfieber oder: Das große Fressen. Köln 2000 (Wolf 2000), S. 202, 221; 41 Bruno Schönfelder: Eigentumsverhältnisse in der tschechischen Industrie. In: Osteuropa 1/1999, S. 87; 42 NZZ, 14.12.00; 43 Matthias Küntzel: Hyänen im Wunderland. Junge Welt, 16.11.2000 (Küntzel 2000); Jahrbuch 2000/2001, S. 99; 44 Küntzel 2000; 45 FAZ, 19.4.00; 46 Goldammer/Friedweg 2001; 47 Jahrbuch 2000/2001, S. 43; 48 Zit. nach Drweski 2001; 49 Junge Welt, 4.12.00; 50 Hannes Hofbauer: Zum letzten Mal: Wende im Osten. Volksstimme, 03/18.1.2001 (Hofbauer 2001); Jakob Juchler: Zehn Jahre Transformationsprozeß in Polen. In: Osteuropa 2/2000, S. 191; das Jahrbuch 2000/2001 gibt die polnische Verschuldung mit „lediglich“ 52 Milliarden Dollar an. 51 Jahrbuch 2000/2001, verschiedene Abschnitte; Hofbauer 2001; 52 Siehe: Brennende Fragen Nr. 7, Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD: Ausgewählte Dokumente des Zentralkomitees. München 2000, S. 42f.; 53 Marie Lavigne: Die Rolle der G7-Staaten und der internationalen Finanzorganisationen bei der Wirtschaftstransformation Mittel- und Osteuropas. In: Der Osten Europas im Prozeß der Differenzierung. Hrg. vom Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, München und Wien 1997, S. 304f.; 54 Hofbauer 2001; 55 Hannes Hofbauer: Wie groß ist Europa? Volksstimme 49/3.12.1998.

Der gesamte Text „Ergebnisse von Frieden und Krieg“ ist nachzulesen in: Streitbarer Materialismus Nr. 24, Mai 2001, ISSN 0935-7858, Preis: 15 DM Verlag zur Förderung der wissenschaftlichen Weltanschauung – Stephan Eggerdinger Verlag, Tulbeckstr. 4, 80339 München. Fax: 089-54070346, email: redaktion@streitbarer-materialismus.de

Rezension

Mehmet Buch

„Mehmetcik“ ist der Name für den türkischen Soldaten – die Autorin, Nadire Mater, hat 42 von ihnen befragt. Herausgekommen ist einmal ein Dokument der Geschichte von unten – zum anderen ein Buch, das nicht nur Verwaltungsrichter lesen sollten, die mit Asylverfahren von Kurden befaßt sind.

Von den am Ende des Buches aufgezählten Zahlen soll hier zu Beginn zitiert werden:

100% des Erdöls der Türkei kommen aus dem Südosten, 30% der Wasservorräte stammen aus Euphrat und Tigris – und die Türkei kann dem Irak und Syrien das Wasser abgraben. 100% des Phosphats werden dort erzeugt, 95% der Pistazien, 10% des Weizens, 14% der Baumwolle, 75% der Linsen.

In der Türkei geht man von einem Pro-Kopf-Einkommen von 2500 \$ aus – in Diyarbakir sind es nur 283 \$ (die UN nehmen 385 \$ als

Armutsgrenze an). Im Gebiet des „Ausnahmezustandes“ kämpfen auf Seiten der Türkei 300 000 Männer – 150 000 Soldaten, 50 000 Gendarmen, 40 000 Polizisten.

Die Masse der dort eingesetzten Kämpfer sind also Wehrpflichtige – „Die Söhne der Reichen habe ich jetzt nicht dort gesehen, sie schicken immer nur die Kinder armer Leute hin,“ berichtet ein Ehemaliger, und ein anderer sagt: „Warum gehen die Söhne von Tansu Ciller und Mesut Yilmaz nicht in die OHAL-Region, in die Zone, wo der Ausnahmezustand herrscht? Sie entscheiden über den Krieg, dann sollen sie wenigstens einen Löffel in der Suppe haben.“

Die Ausbildung der Wehrpflichtigen ist offensichtlich militärisch schlecht – dafür ist Prügel an der Tagesordnung in dieser Armee, die Teil der „Menschenrechtsorganisation“ NATO ist. Wie schon erwähnt, wird bestimmt, wer dorthin geschickt wird. Zur Vorbereitung des Einsatzes gehört eine gehörige Portion Hetze gegen die Kurden, die Behauptung, das Vaterland müsse verteidigt werden und das Versprechen, sie würden als Helden zurückkehren.

Die Berichte der 42 Ehemaligen widerlegen die Propaganda der türkischen Regierung, die ja auch in Deutschland gerne nachgeplappert wird. „Das Militär tut schließlich auch alles, um die Leute in

Angst und Schrecken zu versetzen. Sagen wir mal, es ist verboten, das Haus nach 22 Uhr zu verlassen. Du hast das Recht, alles, was sich nach 10 Uhr abends noch draußen bewegt, zu erschießen.“ Mehrfach bezeugt wird in den Berichten, daß immer wieder ganze Dörfer oder einzelne Häuser durchsucht werden. Ein Teil der Soldaten geht brachial dabei vor und zerstört die Einrichtung – der Ausnahmezustand hat alle Menschenrechte außer Kraft gesetzt.

Großer Teil der Praxis der Soldaten ist der „Hinterhalt“ – irgendwo, vor allem in den Bergen werden Soldaten stationiert. Wochenlang verharren sie dort, egal ob bei Sommerhitze oder Eiseskälte, schlecht versorgt und unter ständiger Angst. So wird klar, daß die Bereitschaft steigt, loszuballern, sobald sich etwas bewegt. Wurden Kameraden verwundet oder gar getötet, steigt die Bereitschaft, Gefangene zu foltern oder zu erschießen. Insbesondere Sondereinheiten – bestehend aus einer teuflischen Mischung aus militärischen Killern und politischen Fa-

schisten der MHP – schleifen Gefangene mit Fahrzeugen zu Tode, köpfen getötete kurdische Kämpfer und sammeln Ohren als Andenken.

So verschiedenartig wie die Bevölkerung der Türkei ist auch die Zusammensetzung der Armee – aber es werden gerne besonders kurdische Wehrpflichtige dort eingesetzt gegen ihresgleichen. Ist das schon schwierig, kommt dazu, daß sie besonders schikaniert, besonders häufig geprügelt werden.

Irgendwann wundert man sich über nichts mehr – aber es muß er-

wähnt werden, daß Offiziere sich bereichern, daß Drogen- und Waffenhandel neben Schmuggelei zu den Einkommensquellen von Armeemitgliedern zählen.

Fast ausnahmslos alle der Ehemaligen berichten, daß sie als andere Menschen heimkehrten nach der Entlassung aus der Armee. Falls überhaupt noch Freundschaften, Verlobungen oder Ehen bestanden, zerbrachen sie daran, daß die Männer fast alle positiven Eigenschaften verloren hatten, aber von Angst, Mißtrauen und Gewaltbereitschaft bestimmt wurden. Der Krieg hat sie verroht!

Umso erstaunlicher ist es, daß viele in ihrem Fazit den Krieg als Mittel der innertürkischen Politik ablehnen, vielmehr politische Lösungen verlangen.

Ulf Fiedler, an/az Freiburg



Mehmet Buch, Türkische Soldaten berichten über ihren Kampf gegen kurdische Guerillas, Nadire Mater, edition suhrkamp 2194 – 15 Euro

15. September, Berlin: Beratung über das Projekt eines *Alternativen Tribunals zur Anklage gegen Milosevic*. Das Europäische Friedensforum lädt ein. Bisher schlägt das Europäische Friedensforum drei Treffen eines solchen Alternativen Tribunals vor. Für die Beratung am 15.9. ist folgende Tagesordnung vorgeschlagen: 1. Austausch über den Stand der Anklage in Den Haag und die Situation der verschiedenen Initiativen. Bericht über Reise nach Jugoslawien. 2. Verständigung über das Projekt und seine Möglichkeiten. 3. Vorbereitung der ersten Tagung des Alternativen Tribunals. Europäisches Friedensforum c/o Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde GBM, Weitingstr. 89, 10317 Berlin, Tel. 030/5578397 FAX 030/5556355 e-mail: gbmev@t-online.de

15./16. September, Berlin: *Delegiertenkonferenz der Humanistischen Union*, Haus der Demokratie, Greifswalder Str. 4. E-Mail: hu@ipn-b.de – <http://www.humanistische-union.de>

16. September, Mannheim: *PDS-Regionalkonferenz Süd des LV Bayern, Bayern-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Hessen, Saarland zur Vorbereitung der 2. Tagung des 7. Parteitag*

21.-23. September, Arnoldshain: Jahrestagung „Auf der Suche nach Ort und Zeit menschenrechtlicher qualifizierter Politik“ des Komitees für Grundrechte und Demokratie, Ev. Akademie Arnoldshain. Kontakt: Komitee für Grundrechte und Demokratie, Aquinostr. 7-11 (HH), 50670 Köln, Tel.: 0221/9726930, Fax: 0221/9726931. E-Mail: Grundrechtekomitee@t-online.de Internet: <http://www.grundrechtekomitee.de>

22. September, Fulda: *Wirtschaftskurs des Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften*, Kapitel 19, 20 und 21: Interna-

Achtung! Fällt aus! Neuer Termin nächste Ausgabe

28. September: Tag des Flüchtlings



22. September, Bielefeld: *PDS-Regionalkonferenz Nord der LV NRW, Niedersachsen, Hamburg, Bremen, SWH zur Vorbereitung der 2. Tagung des 7. Parteitag*

22. September, Dortmund: *Aktive Solidarität oder repressive „Aktivierung“?* Sozialpolitische Tagung der Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW, u.a. mit Prof. Achim Trube (Uni-GH Siegen), Daniel Kreutz, Axel Gerntke, Konrad Gilges, Pia Maier. Infos: Ralf Krämer, Fresienstr. 26, 44289 Dortmund, Tel. 0231/3953843, RalfKrae@aol.com

23. September: Bürgerschaftswahlen in Hamburg

28.-30. September, Bremen: 17. Fiff-Jahrestagung „2001 – Odysee im Cyberspace? Wege und Irrwege der Informationstechnik“. Weitere Infos unter (als pdf-file) <http://fiff.informatik.uni-bremen.de/2001/call.pdf>, Organisationsgruppe in Bremen: Fiff-Jahrestagung 2001, z.Hd. Ralf E. Streibl, Universität Bremen, FB 3 – Informatik, Postfach 330 440, D-28334 Bremen, e-mail: fiff2001@informatik.uni-bremen.de, <http://fiff.informatik.uni-bremen.de/2001> Kontakt: Forum InformatikerInnen für Frieden (Fiff), Frau Hülsmann, Medemstade 64, 21775 Ihlienworth, E-Mail: fiff@fiff.de . Internet: <http://www.fiff.de>

29. September, Berlin: *Neue deutsche Außenpolitik?* 9.-19.00 Uhr, Berlin, Rathaus Schöneberg, Veranstaltung im Rahmen des Forums Zukunft durch Abrüstung, mit Francis Wurtz, Ulrich Albrecht, Dieter S. Lutz, Karsten Voigt u.a.. Anmeldung: PDS-Bundestagsfraktion, c/o Frank Maubach, Platz der Republik 1, 11011 Berlin; maubach@pds-im-bundestag.de

6./7. Oktober, Dresden: Parteitag der PDS

12. Oktober, Berlin: *Zur Zukunft der Europäischen Union – die demokratische Dimension*. Inhaltliche Schwerpunkte der Konferenz der RLS sind: * Die Zukunft der Europäischen Union – sozial und demokratisch? * Hauptfragen der Demokratisierung europäischer Politik * Demokratiedefizite im Prozess der Osterweiterung der EU * Das Problem der ungenügenden demokratischen Legitimation in der EU – Möglichkeiten ihrer Überwindung * Entwicklung und Stärkung einer europäischen Zivilgesellschaft * Verfassungsdiskussion in der Europäischen Union * Der Reformprozess nach Nizza – Inhalte und Modalitäten Konferenzsprachen sind Deutsch und Englisch mit Simultanübersetzung. Für weitere Informationen und Anfragen: Dr. Hilde Ettinger Tel.: ++4930 29781152 Fax: ++4930 29781180 E-mail: ettinger@rosaluxemburgstiftung.de

12./13. Oktober, Stuttgart: *Zukunftsdebatte der Gewerkschaftslinken* – bundesweite Konferenz der Vernetzungsinitiative der Gewerkschaftslinken. Kontakt: Heinz-Günter Lang, Tannenburgstr. 17, 64665 Alsbach-Hähnlein, Tel.: 06257-1468, hagelang@gmx.de.

13./14. Oktober, Erkner (bei Berlin): *3. Behindertenpolitischen Konferenz der PDS*

19./21. Oktober, Berlin: *Eine andere Welt ist möglich*. Kongress der internationalen Attac-Bewegung . Die jeweils aktuellste Fassung des Kongress-Programms ist unter www.attac-netzwerk.de/kongress zu finden. Ort: voraussichtlich Technische Fachhochschule Wedding.